

**Antragsbuch der
Kreisdelegiertenversammlung der
SPD Mitte am 19.10.2024**

Inhaltsverzeichnis

B Bezirksbezogene Anträge 1

B1	Abteilung 10 Schillerpark	
B1 Mehr Fahrradbügel am U-Bahnhof Leopoldplatz: Fahrrad und U-Bahn kombinieren, Intermodalität im Wedding stärken!		
.....		1
B2	Abteilung 23 Rehberge	
B2 Mehr Fahrradständer und vernetzte Mobilität an U-Bahnstationen im Wedding!		
.....		3
B3	Abteilung 10 Schillerpark	
B3 Vorhandene Parkhäuser den Anwohnenden anbieten. Brücken bauen für die Mobilitätswende und einen klimagerechten Stadtumbau.		
.....		5
B4	AK Klimapolitik und AK AAC	
B4 Berlin-Mitte hitzeresistent gestalten		
.....		8
B5	AK Klimapolitik	
B5 Langfristiger Erhalt von Gemeinschaftsgärten in Berlin-Mitte		
.....		10
B6	Abteilung 10 Schillerpark	
B6 Tu Gutes, aber rede auch darüber – Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie für den Bezirk Berlin-Mitte besser sichtbar machen		
.....		11
B7	Abteilung 6 Moabit-Nord	
B7 Ein Naturerfahrungsraum (NER) für Mitte		
.....		13
B8	Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt	
B8 Mehr Digitalisierung und weniger Papier im Kreis		
.....		14
B9	Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt	
B9 Digitale Agenda für den Bezirk Mitte		
.....		16
B10	AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin Mitte	
B10 Stärken wir die politische Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus in unserem Bezirk!		
.....		20

B11	SPD Frauen Mitte	
B11 Wahlkampfbeauftragte im Kreis Mitte		
.....		21

L Anträge an den Landesparteitag 22

L1	Kreisvorstand Mitte	
L1 Arbeit und Soziales: Fundament für eine sozialdemokratische Zukunft		
.....		22

L2	Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt	
L2 Digitale Teilhabe: Basisinternetzugang für alle		
.....		43

L3	Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt	
L3 Mehr Digitalisierung und weniger Papier - Landesebene		
.....		45

L4	Abteilung 10 Schillerpark	
L4 Modernisierung der Struktur des geschäftsführenden Vorstandes auf Unterbezirks-/ Kreisebene zur Schaffung digitaler Kompetenz		
.....		47

L5	Abteilung 10 Schillerpark	
L5 Modernisierung der Struktur des geschäftsführenden Vorstandes auf Ortsvereins/ Abteilungsebene zur Schaffung digitaler Kompetenz		
.....		49

L6	Abteilung 10 Schillerpark	
L6 Flexibilisierung der Schriftführung in der Struktur des geschäftsführenden Vorstandes auf Ortsvereins- /Abteilungsebene		
.....		51

L7	Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt	
L7 Arbeitsaufwand im Ehrenamt besser verteilen – Überarbeitete „Grundsätze für die Arbeit der Mitgliederbeauftragten“ für bis zu zwei Mitgliederbeauftragte für Ortsvereine		
.....		52

L8	AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin Mitte	
L8 Abschiebungen und Menschenrechte: Kein Kompromiss nach unten!		
.....		53

L9	AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin Mitte	
L9 Schaffung sicherer Räume für Menschen palästinensischer Herkunft, die das Trauma des Todes von Familienmitgliedern und Bekannten erleben		
.....		55

L10	PG Nahost (Sprecherinnen: Hannah Elten u. Jutta Koch-Unterseher)	
	L10 Dem Völkerrecht verpflichtet: Anpassung der deutschen Israelpolitik an die internationale Rechtsprechung	
	57
L11	Abteilung 6 Moabit-Nord	
	L11 Den Ausbau der Antidiskriminierungsberatung fortführen – den Koalitionsvertrag umsetzen	
	62
L12	AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit	
	L12 Maßnahmen zur Vermeidung von Zwangsräumungen und zum Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen in Berlin	
	64
L13	AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit	
	L13 Maßnahmen zur statistischen Erfassung von Ablehnungen obdachloser Menschen in Notunterkünften und Todesfällen im Zusammenhang mit Obdachlosigkeit in Berlin	
	68
L14	AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit	
	L14 Erhebung einer zweckgebundenen Sondernutzungsgebühren zur Förderung der Obdachlosenhilfe bei Großveranstaltungen	
	70
L15	Arbeitsgemeinschaft für Bildung - SPD Berlin Mitte	
	L15 Kein Abweichen von gebührenfreier Bildung in Berlin	
	72
L16	Abteilung 2 Alexanderplatz	
	L16 Keine Abweichen von gebührenfreier Bildung in Berlin	
	74
L17	Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)- SPD Berlin Mitte	
	L17 Kein soziale Destabilisierung - Hände weg von freiwilligen Leistungen in den Bereichen sozialer Dienste, Arbeit und Soziales, Bildung und Angeboten der Jugendhilfe.	
	76
L18	Abteilung 4 Luisenstadt	
	L18 Integration in den Arbeitsmarkt vorantreiben, Finanzierung der Berufssprachkurse sicherstellen	
	78
L19	SPD Frauen Mitte	
	L19 Unterstützung der Beschäftigten in den landeseigenen Kitas	
	79

L20	SPD Frauen Mitte	
L20 Die Verantwortung der Alleinerziehenden bedeutet alleinerziehend bis 27 und nicht bis 18		
.....		81
L21	Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt	
L21 Daseinsvorsorge nach Bedarf bei Krankenhausleistungen		
.....		82
L22	Abteilung 10 Schillerpark und Abteilung 23 Rehberge	
L22 Bessere Sicherungsmaßnahmen für die U-Bahntunnel in Berlin - Jetzt!		
.....		86
L23	Abteilung 4 Luisenstadt	
L23 Radwegführungen verbessern, Kollisionen und Konflikte auf Kreuzungen vermeiden		
.....		88
L24	Abteilung 2 Alexanderplatz	
L24 Mobilität darf kein Privileg werden		
.....		89
L25	AK Klimapolitik	
L25 Zeit, dass Berlin nicht mehr dreckig ist - Umweltfreundliches Verhalten endlich belohnen		
.....		91
L26	Abteilung 2 Alexanderplatz	
L26 Hitzesaniierung in der Platte: Hitzeaktionsplan (HAP) auch sozial denken		
.....		93
L27	Abteilung 6 Moabit Nord	
L27 Erhöhung der Sicherheit für Fußgänger*innen im Beusselkiez		
.....		96
L28	Abteilung 6 Moabit Nord	
L28 Zukunftsfähige Mobilität sichern: Für den zügigen Ausbau der Tram und die Verlängerung der M10 nach Jungfernheide		
.....		97
L29	Abteilung 17 Brunnenviertel	
L29 Schluss mit der Toilettensuche – Kostenfreie, flächendeckende Toiletten zum Standard machen		
.....		98
L30	Abteilung 2 Alexanderplatz	
L30 Zuckersteuer auf Lebensmittel		
.....		101

B Bezirksbezogene Anträge

B1

Abteilung 10 Schillerpark

Die KDV möge beschließen:

Mehr Fahrradbügel am U-Bahnhof Leopoldplatz: Fahrrad und U-Bahn kombinieren, Intermodalität im Wedding stärken!

- 1 Die KDV Mitte möge beschließen, die SPD
- 2 Fraktion der BVV Mitte zu ersuchen, einen
- 3 BVV-Beschluss zu erwirken, der das BA Mitte
- 4 dazu auffordert:
 - 5 1. mehr Fahrradbügel in unmittelbarer
 - 6 Nähe zu den Ein- und Ausgängen des
 - 7 U-Bahnhofs Leopoldplatz zu errichten,
 - 8 z. B. vor dem ehemaligen Karstadt-
 - 9 Gebäude an der Müllerstraße, vor der
 - 10 Leo-Apotheke an der Müllerstraße oder
 - 11 auf dem Leopoldplatz selbst.
 - 12 2. eine Fahrradverleihstation in unmittel-
 - 13 barer Nähe zu den Ein- und Ausgän-
 - 14 gen des U-Bahnhofs Leopoldplatz ein-
 - 15 zurichten, z. B. in Kooperation mit ei-
 - 16 nem privaten Anbieter.
 - 17 3. die Aufnahme eines Fahrradparkhau-
 - 18 ses in die Planungen für die Zukunft
 - 19 des ehemaligen Karstadt-Gebäudes am
 - 20 Leopoldplatz zu prüfen.

21

22 **Begründung**

23 Der Leopoldplatz ist ein zentraler Verkehrs-

24 knoten in Berlin-Mitte. Hier fahren zwei U-

25 Bahn-Linien und zahlreiche Bus-Linien. Mit

26 dem neuen Fahrradweg an der Müllerstra-

27 ße ist der Leopoldplatz mit dem Fahrrad

28 deutlich besser an die Ortsteile Reinicken-

29 dorf und Mitte angebunden. Die vier U-

30 Bahn-Eingänge liegen alle unmittelbar an

31 der Straßenkreuzung Müllerstraße/Luxem-

32 burger Straße/Schulstraße. Selbst im Um-

33 kreis von 100 Metern der vier Eingänge gibt es

34 aber nur 62 Fahrradbügel und einige Fahrrad-

35 ständer. Sie bieten nur 125 öffentliche Fahr-

36 radstellplätze. Die Stellplätze, die den Eingän-

37 gen am nächsten sind, sind ständig belegt,

38 die weiter entfernten jedoch meistens frei.

39 Fahrradfahrer*innen weichen aus und schlie-
40 ßen ihre Fahrräder regelmäßig auf dem Grün-
41 streifen auf der Müllerstraße Richtung Nor-
42 den und an Straßenschildern und -laternen
43 an. Damit mehr Menschen im Wedding Fahr-
44 rad, U-Bahn und Bus kombinieren, müssen
45 sie ihr Fahrrad in unmittelbarer Nähe zu den
46 Eingängen des U-Bahnhofs Leopoldplatz si-
47 cher abschließen können. Standort- und Po-
48 tenzialanalysen der GB infraVelo GmbH bis
49 2020 zählten am U-Bahnhof Leopoldplatz 131
50 Stellplätze und sehen 140 zusätzlich benötig-
51 te Stellplätze bis 2030. Gegebenenfalls kann
52 zur Finanzierung neuer Fahrradstellplätze das
53 von der Senatsverwaltung für Mobilität, Ver-
54 kehr, Klimaschutz und Umwelt finanzierte
55 Fahrradbügelprogramm genutzt werden.

B2**Abteilung 23 Rehberge****Die KDV möge beschließen:****Mehr Fahrradständer und vernetzte Mobilität an U-Bahnstationen im Wedding!**

1 Die Mitglieder der SPD Fraktion der BVV und
2 im Bezirksamt von Berlin Mitte werden auf-
3 gefordert, sich für folgende Verbesserungs-
4 maßnahmen entlang der U-Bahn-Stationen
5 der Linie U6 einzusetzen:

- 6 1. mehr Fahrradständer in unmittelbarer
7 Nähe zu den Ein- und Ausgängen der U-
8 Bahnhöfe Leopoldplatz, Seestraße und
9 Rehberge zu errichten, z. B. vor dem
10 ehemaligen Karstadt-Gebäude an der
11 Müllerstraße, vorm Kino Alhambra ent-
12 lang der Seestraße/Ecke Müllerstraße,
13 entlang des Straßenverlaufes der Mül-
14 lerstraße bis Höhe Rehberge;
- 15 2. eine Mobilitätsstation (z.B. Jelbi) in un-
16 mittelbarer Nähe zu den Ein- und Aus-
17 gängen des U-Bahnhofs Leopoldplatz
18 einzurichten;
- 19 3. die Aufnahme eines Fahrradparkhau-
20 ses in die Planungen für die Zukunft
21 des ehemaligen Karstadt-Gebäudes am
22 Leopoldplatz zu prüfen.

23

24 Begründung

25 Der Leopoldplatz, die Seestraße/Ecke Mül-
26 lerstraße sind zentrale Verkehrsknoten in
27 Berlin-Wedding. Hier fahren zwei U-Bahn-
28 Linien, mehrere Tram-Linien und zahlreiche
29 Bus-Linien. Der U-Bahnhof Rehberge ist
30 stark von Schüler*innen von zwei weiter-
31 führenden Schulen frequentiert. Viele Kitas
32 befinden sich zudem dort im Umkreis der
33 U-Bahnstation. Mit der Fertigstellung des
34 neuen, sicheren Radweges entlang der
35 Müllerstraße ist der Leopoldplatz und die
36 Gebiete entlang der Müllerstraße mit dem
37 Fahrrad deutlich besser an die Ortsteile
38 Reinickendorf und Mitte angebunden. Die
39 vier U-Bahn-Eingänge liegen alle unmittelbar

40 an der Straßenkreuzung Müllerstraße/Lu-
41 xemburger Straße/Schulstraße. Selbst im
42 Umkreis von 100 Metern gibt es aber nur
43 52 öffentliche Fahrradabstellmöglichkeiten.
44 Die Fahrradständer, die den Ausgängen
45 am nächsten sind, sind ständig belegt, die
46 weiter entfernten meistens frei. Fahrradfah-
47 rer*innen weichen aus und schließen ihre
48 Fahrräder regelmäßig auf dem Grünstreifen
49 auf der Müllerstraße Richtung Norden an.
50 Damit mehr Menschen im Wedding Fahrrad,
51 U-Bahn und Bus kombinieren, müssen sie ihr
52 Fahrrad in unmittelbarer Nähe zu den Ein-
53 gängen der U-Bahnstationen Leopoldplatz,
54 Seestraße und Rehberge sicher abschließen
55 können.

B3**Abteilung 10 Schillerpark****Die KDV möge beschließen:****Vorhandene Parkhäuser den Anwohnenden anbieten. Brücken bauen für die Mobilitätswende und einen klimagerechten Stadtumbau.**

1 Die KDV Mitte möge beschließen, die SPD
2 Fraktion der BVV Mitte zu ersuchen einen
3 BVV-Beschluss zu erwirken, der das BA Mitte
4 dazu auffordert:

- 5 • Innerhalb eines Jahres eine Übersicht
6 (Kataster) aller privatwirtschaftlich be-
7 triebenen Parkhäuser im Bezirk Mitte
8 mit der Zahl der vorhandenen Stell-
9 plätze, deren durchschnittlichem Aus-
10 lastungsgrad und Öffnungszeiten zu er-
11 heben.
- 12 • Falls vorhanden, sollen zusätzlich die
13 Aufteilung der Parkplätze in Kurz- und
14 Dauerstellplätze sowie deren jeweilige
15 Preise erfasst werden.

16 Im BVV Beschluss soll das BA Mitte im An-
17 schluss an die Erhebung des Weiteren aufge-
18 fordert werden:

- 19 • Eine bezirksweite Strategie zur bes-
20 seren Ausnutzung vorhandener Park-
21 hauskapazitäten zu entwickeln.
- 22 • Gemeinsam mit den Betreibergesell-
23 schaften der Parkhäuser Pilotprojekte
24 zu erarbeiten, um freie Parkhauskapa-
25 zitäten im Sinne von Quartiersgaragen
26 für PKW und Fahrräder Anwohnenden
27 zu attraktiven Konditionen zur Anmie-
28 tung anzubieten.

29

30 Begründung

31 Für verkehrssichere Kieze, Infrastruktur für
32 Fahrradfahrende und Klimaschutz fallen
33 Parkplätze in den Kiezen von Mitte weg.
34 Um dafür Akzeptanz zu gewinnen, wollen
35 wir, dass leerstehende Parkkapazitäten in eh
36 vorhandenen Parkhäusern Anwohnenden
37 zur Miete angeboten werden.

38 Bereits im 2011 verabschiedeten *Stadtent-*

39 *wicklungsplan (StEP) Verkehr* war ein Projekt
40 „Masterplan Parken“ verankert. Die Umset-
41 zung des Projekts bleibt der Senat seitdem al-
42 lerdings schuldig. In den neuen *Stadtentwick-*
43 *lungsplan Mobilität und Verkehr Berlin 2030*
44 (*StEP MoVe*) fand das Vorhaben als organi-
45 satorische Maßnahme *O6 - Erarbeitung und*
46 *Umsetzung einer „Strategie Parken Berlin“* mit
47 dem Ziel der Fertigstellung bis 2023 erneut
48 Eingang. Im letzten Fortschrittsbericht zum
49 StEP MoVe, der dem AGH im Februar 2024 vor-
50 gelegt wurde, heißt es zu dieser Maßnahme:
51 „Erstellung einer Gesamtstrategie wurde im
52 Berichtszeitraum zugunsten priorisierter Ein-
53 zelaspekte [...] zurückgestellt.“
54 Gleichzeitig steht Berlin vor der großen Her-
55 ausforderung eines klimagerechten Stadt-
56 umbaus. Ein zentraler Baustein ist dabei das
57 Konzept der so genannten Schwammstadt.
58 Konkrete Vorhaben zielen insbesondere auf
59 Entsiegelung von Flächen ab. Eine Variante,
60 die stadtklimatisch wirksam die lokale Versi-
61 ckerung von Regenwasser ermöglichen soll,
62 ist das Konzept „grüner Gullys“. Das Straßen-
63 und Grünflächenamt des Bezirks Mitte ver-
64 folgt die Strategie in den kommenden Jah-
65 ren bis zu 7.200 „grüne Gullys“ anstelle her-
66 kömmlicher Kanaleinläufe zu bauen. Dies be-
67 dingt in vielen Fällen den Wegfall von PKW-
68 Stellplätzen in öffentlichen Straßenland.
69 Ein weiterer wichtiger Aspekt des klima-
70 gerechten Stadtumbaus ist die im Berliner
71 Mobilitätsgesetz festgeschriebene Verkehrs-
72 wende. Der Bezirk Mitte verfolgt das Ziel, das
73 Nebenstraßennetz zu einem attraktiven Mo-
74 bilitätsraum für alle Mobilitätsarten umzuge-
75 stalten. Das bedingt, dem motorisierten Ver-
76 kehr Flächen zu entziehen, um beispielsweise
77 Fahrradstraßen oder sichere Kreuzungen mit
78 vorgestreckten Fußgängerquerungen einzu-
79 richten. Gleiches gilt für neue Radverkehrs-
80 lagen an Hauptstraßen, die auf Landesebene
81 vorangetrieben werden.
82 Solche Umnutzungen von Flächen, die haupt-
83 sächlich den ruhenden Verkehr betreffen,
84 sind konfliktbeladen, da häufig argumentiert

85 wird, dass es beim Wegfall von Stellplätzen
86 im öffentlichen Straßenland für die Anwoh-
87 nenden keine Alternativen gäbe, ihre Fahr-
88 zeuge wohnortnah zu parken. Dieser Antrag
89 fordert daher Schritte zur Schaffung solcher
90 Alternativen in vorhandenen Infrastrukturen,
91 um so eine Brücke zu mehr Verständnis und
92 Unterstützung der vorgenannten klima- und
93 mobilitätspolitischen Ziele bauen.

94 In der laufenden Wahlperiode wurden im
95 Abgeordnetenhaus bereits zwei parlamen-
96 tarische Anfragen zur Nutzung vorhande-
97 ner Parkhäuser als Quartiersgaragen gestellt.
98 Kristian Ronneburg (LINKE) im Mai 2022 und
99 Mathias Schulz (SPD) im Mai 2023 bekamen
100 darauf von der zuständigen Senatsverwal-
101 tung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und
102 Umwelt nur unzufriedenstellende und aus-
103 weichende Antworten. Ein in der Öffentlich-
104 keit bekanntes und der Presseberichterstat-
105 tung nach sehr erfolgreiches Projekt findet
106 in keiner der Antworten Erwähnung. Dabei
107 wurden den Anwohnenden des Kreuzberger
108 Graefekiez im Gegenzug zur Entsiegelung
109 von Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum
110 500 Stellplätze zur monatlichen Miete im an-
111 liegenden Parkhaus des Karstadt Warenhau-
112 ses am Hermannplatz angeboten. 400 davon
113 waren nach kurzer Zeit vermietet. Die kürzlich
114 erfolgte wissenschaftliche Zwischenevaluati-
115 on des Projektes durch das Wissenschaftszen-
116 trum Berlin für Sozialforschung fällt positiv
117 aus.

118 Da der Senat bezüglich dieses Themas offen-
119 sichtlich nicht handlungsfähig oder -willig ist,
120 adressiert dieser Antrag die Bezirksebene.

B4**AK Klimapolitik und AK AAC****Die KDV möge beschließen:****Berlin-Mitte hitzeresistent gestalten**

1 Die zunehmend heißen Sommer in Berlin ver-
2 langen konkretes Handeln, um den öffent-
3 lichen Raum an die Herausforderungen des
4 Klimawandels anzupassen. Daher fordern wir
5 die SPD-Fraktion der BVV in Mitte auf, folgen-
6 de Maßnahmen zu prüfen und umzusetzen:

- 7 1. An stark frequentierten Orten müs-
8 sen klimatisierte Notplätze eingerich-
9 tet werden, die durch Informationstaf-
10 feln niedrigschwellig zu finden sind. In
11 Parks und in der Nähe von öffentli-
12 chen Gebäuden werden im Sommer gut
13 sichtbare Nebelduschen zur Abkühlung
14 und Trinkbrunnen gegen den Durst in-
15 stalliert. An Orten mit hoher Hitzeent-
16 wicklung werden schattenspendende
17 Strukturen wie Sonnensegel, Pergolen
18 und Bäume errichtet.
- 19 2. Die SPD-Fraktion der BVV in Mitte setzt
20 sich nachdrücklich für die Weiterent-
21 wicklung der Projekte der Hitzehilfe ein.
22 Dazu gehört die verstärkte finanziel-
23 le und logistische Unterstützung be-
24 stehender Hilfsangebote, die geziel-
25 te Ausweitung auf die Sommermona-
26 te sowie die Schaffung neuer Anlauf-
27 stellen für obdach- und wohnungslose
28 Menschen.

29

Begründung

31 Die Umsetzung der geforderten Maßnah-
32 men ist nicht nur eine Frage der Lebensqua-
33 lität, sondern vor allem der Gerechtigkeit. Zu-
34 nehmende Hitzeperioden und Extremwetter-
35 ereignisse stellen für die Menschen in Berlin
36 eine große Belastung dar. Der Bezirk Mitte ist
37 dabei besonders betroffen, da dicht bebau-
38 te Flächen und asphaltierte Straßen die Hitze
39 in besonderem Maße stauen. Für vulnerable

40 Gruppen wie Senior*innen, Menschen mit Er-
41 krankungen und Wohnungs- und Obdachlo-
42 se birgt das besondere Herausforderungen.
43 Vor allem Menschen ohne Zugang zu einer
44 eigenen Wohnung sind den Gegebenheiten
45 schutzlos ausgeliefert, da die Hilfsstruktur in
46 Berlin immer noch sehr stark auf die Winter-
47 monate ausgerichtet ist. Klimatisierte Not-
48 plätze bieten daher lebenswichtigen Schutz,
49 Nebelduschen und Trinkbrunnen gewährleis-
50 ten derweil direkte Abkühlung und schüt-
51 zen vor dem Verdursten. Schattenspendende
52 Maßnahmen wie Sonnensegel und Pergolen
53 ermöglichen nachhaltigen Schutz vor der in-
54 tensiven Sonneneinstrahlung. Dadurch wird
55 der öffentliche Raum zu einem sicheren Ort
56 für vulnerable Gruppen und gewährleistet,
57 dass niemand extremer Hitze schutzlos aus-
58 geliefert ist. Darüber hinaus ist es von zentra-
59 ler Bedeutung, dass die bereits bestehenden
60 Maßnahmen der Hitzehilfe weiterentwickelt
61 und nachhaltig unterstützt werden. Ein kon-
62 tinuierlicher Austausch mit den Trägern der
63 Hilfsangebote stellt sicher, dass die Lösungen
64 zielgerichtet, schlagkräftig und effektiv blei-
65 ben.

B5

AK Klimapolitik

Die KDV möge beschließen:

Langfristiger Erhalt von Gemeinschaftsgärten in Berlin-Mitte

1 Die KDV möge beschließen, dass sich die SPD
2 BVV-Fraktion von Berlin-Mitte im Bezirksamt
3 und beim zuständigen Stadtrat für folgende
4 Forderung einsetzt:

5

6 • Eine mindestens 15 Jahre lange Flächen-
7 sicherung für alle registrierten Gemein-
8 schaftsgärten in Berlin-Mitte

9

10 • Bewerbungsmöglichkeit als Nachbar-
11 schaftszentrum

12

13 **Begründung**

14 Gemeinschaftsgärten sind kollektiv genutz-
15 te Gartenflächen, die von einer Gruppe
16 von Menschen gemeinsam bewirtschaf-
17 tet werden. Sie dienen Zwecken wie der
18 Lebensmittelproduktion, der Gemeinschafts-
19 bildung, der Förderung der Umweltbildung
20 und der Schaffung von grünen Freiräumen in
21 dicht besiedelten Gebieten. Gemeinschafts-
22 gärten fördern zudem soziale Bindungen
23 und Zusammenarbeit in der Gemeinschaft,
24 bieten einen Ort der Entspannung und
25 Erholung.

26 Dies wollen wir als SPD fördern, da der Erhalt
27 und die Verbesserung der bestehenden Ge-
28 meinschaftsgärten ein Bestandteil einer le-
29 benswerten und grünen Hauptstadt ist.

B6**Abteilung 10 Schillerpark****Die KDV möge beschließen:****Tu Gutes, aber rede auch darüber – Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie für den Bezirk Berlin-Mitte besser sichtbar machen**

1 Die BVV-Abgeordneten der SPD - Fraktion
2 Mitte werden dazu aufgefordert sich dafür
3 einzusetzen,

- 4 • dass der Bezirk Mitte nach dem Bei-
5 spiel Treptow-Köpenick bis zum En-
6 de der Legislaturperiode seine kommu-
7 nale Nachhaltigkeitsstrategie mit kon-
8 kreten Maßnahmen in Mitte als pdf-
9 Download auf seiner Webseite für die
10 Öffentlichkeit publiziert. Dabei sind alle
11 17 Nachhaltigkeitsziele und Ihre Zieler-
12 reichung abzudecken, z. B. mit Beispie-
13 len guter Praxis.
- 14 • dass der Bezirk Mitte insgesamt nicht
15 nur nach den Nachhaltigkeitszielen
16 handelt, sondern auf seiner Websei-
17 te an prominenter Stelle und unter
18 Verwendung der Corporate Identity
19 der United Nations niedrigschwellig
20 darstellt, in welcher Form die Sachent-
21 scheidungen des Bezirkes auf die 17
22 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030
23 hinwirken.

24

25 Begründung

26 Das Bezirksamt Mitte hat sich am 12.04.2022
27 der Erklärung „Agenda 2030 – Nachhaltig-
28 keit auf kommunaler Ebene gestalten“ ange-
29 schlossen. Berlin-Mitte bekennt sich zu der lo-
30 kalen Umsetzung der 2030-Agenda und den
31 darin enthaltenen 17 nachhaltigen Entwick-
32 lungsziele (Sustainable Development Goals
33 SDGs).

34 Es ist im Sinne der Transparenz wichtig, dass
35 alle Menschen verstehen können, inwieweit
36 Berlin-Mitte im lokalen Handeln im Sinne der
37 Nachhaltigkeitsziele vorankommt und war-
38 um diese Ziele für die Stadt überlebenswicht-

39 tig sind.
40 Für die Menschen im Bezirk ist nicht sichtbar,
41 inwieweit die Entscheidungen in Mitte sich
42 auf global als notwendig anerkannte Ziele zur
43 Bewahrung der Welt für zukünftige Genera-
44 tionen beziehen. Existierende interne Zielpa-
45 piere und Fachöffentlichkeit sind nicht ausrei-
46 chend, um breite Akzeptanz für diese Ziele zu
47 schaffen.
48 Die kommunale Ebene hat durch unmittelbar
49 erfahrbare Projekte die exklusive Chance für
50 die Agenda 2030, ihren Bekanntheitsgrad und
51 ihre Akzeptanz auch außerhalb akademisier-
52 ter Kreise und Formen zu werben und tut dies
53 nicht ausreichend. Nachhaltigkeitsziele tau-
54 chen in Einzelbeiträgen aber nicht als zusam-
55 menhängendes Konzept auf.
56

B7**Abteilung 6 Moabit-Nord****Die KDV möge beschließen:****Ein Naturerfahrungsraum (NER) für Mitte**

1 Wir möchten einen Naturerfahrungsraum
2 (NER) in unserem Bezirk! Daher fordern wir
3 die Mitglieder der SPD in der Bezirksverordne-
4 tenversammlung sowie im Bezirksamt dazu
5 auf, mindestens einen Naturerfahrungsraum
6 (NER) in unserem Bezirk zu schaffen.

7

8 Begründung

9 Ein Naturerfahrungsraum ist eine wilde Na-
10 turfläche, die unter vorsichtiger Aufbereitung
11 und Pflege als freie Spielfläche für Kinder und
12 Jugendliche zur Verfügung gestellt werden.
13 Statt in künstlichen Welten spielen die Kinder
14 hier direkt in und mit der Stadtnatur. Das un-
15 terscheidet NERs von Stadtparks, wo es nicht
16 gewünscht ist, ausgewiesene Wege und Wie-
17 sen zu verlassen. Berlin-Mitte ist ein Innen-
18 stadtbezirk. Von uns aus ist es schwieriger
19 und langwieriger aus der Stadt rauszukom-
20 men als von anderen Orten Berlins. Mit einem
21 NER kürzen wir Wege ab und machen Na-
22 tur und Umwelt wohnortnah erfahrbar. Ein
23 NER ist ein Bewegungsraum. Hier lernen Kin-
24 der durch Klettern, Balancieren und Toben ih-
25 re eigenen körperlichen Fähigkeiten kennen
26 und entwickeln Spaß an Bewegung. Ein NER
27 ist ein Ort der Selbstwirksamkeit und Selbst-
28 ermächtigung. Kinder und Jugendliche wer-
29 den nicht nur bei Planung und Einrichtung der
30 Flächen mit einbezogen, sondern sollen hier
31 auch ausdrücklich unbeaufsichtigt von ihren
32 Eltern spielen können. Die Einrichtung eines
33 NERs ist ein Beitrag zum lokalen Arten- und
34 Klimaschutz. Die Flächen bieten Tieren und
35 Pflanzen einen Lebensraum und die Vegeta-
36 tion sorgt für Abkühlung in der Stadt. Zudem
37 fügt sich die Einrichtung eines NER gut in un-
38 sere Entsiegelungsstrategie „Schwammstadt
39 Berlin“ ein.

B8**Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt****Die KDV möge beschließen:****Mehr Digitalisierung und weniger Papier im Kreis**

1 Der Kreisvorstand möge beschließen:
2 Wir fordern den geschäftsführenden Kreis-
3 vorstand dazu auf, das Kreisbüro zu bitten, al-
4 le Prozesse zu analysieren, die für eine KDV
5 Papier erzeugen könnten (z.B. Einladungen,
6 Protokolle, Initiativanträge, etc.), diese auf
7 ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und
8 die, die übrig bleiben, möglichst barrierefrei
9 zu digitalisieren, z.B. durch Online-Formulare.
10 Oberste Zielsetzung ist eine Effizienzsteige-
11 rung. Die technischen Voraussetzungen gilt
12 es zu schaffen. Darüber hinaus soll eine Ab-
13 schaffung von Brief-Aussendungen für die in-
14 terne Parteiarbeit geprüft werden, die mit ei-
15 ner Kampagne zur „E-Mailisierung“ von Ge-
16 noss:innen, die aktuell nur per Post erreich-
17 bar sind, einhergehen soll. Sonderwünsche
18 für Ausdrucke soll es weiterhin geben. Diese
19 sollten z.B. zwei Wochen im Voraus angemel-
20 det und von den Gliederungen bezahlt wer-
21 den müssen. Eine solidarische Kostenvertei-
22 lung unter den Gliederungen gilt es zu prüfen.
23

24 Begründung

25 Es gibt in Deutschland mehr Smartphones
26 als Einwohner:innen. Auf Drucker trifft dies
27 nicht zu. Insbesondere unter Delegierten ist
28 es eher unwahrscheinlich, dass die Vorausset-
29 zungen zur Anschaffung und Bedienung ei-
30 nes Smartphones sowie ein Internetzugang
31 nicht vorliegen. Für Härtefälle sind Ausnah-
32 men zu schaffen. Ähnlich wie Überweisungs-
33 schein bei Banken oder Sparkassen seit Jahr-
34 zehnten nur noch gegen Gebühr bearbeitet
35 werden, sollte auch die Attraktivität von Pa-
36 pier für die Parteiarbeit sinken.
37 Mit diesen Maßnahmen würde man auch der
38 zunehmenden Anzahl von Initiativanträgen
39 gerecht.

40 Die häufig von Gegner:innen ins Feld geführ-
41 te Zielgruppe der AG 60 plus oder AG Selbst
42 Aktiv werden meist als undigital stigmati-
43 siert. Dabei wurden fast alle Parteizeitungen
44 bereits vollständig digitalisiert und vor allem
45 Menschen mit Beeinträchtigungen profitie-
46 ren von digitalen Angeboten, die ohne Dru-
47 cker, Stift oder Scanner funktionieren.
48 Im Sinne der Nachhaltigkeit sollten Ressour-
49 cen gespart werden.

B9**Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt****Die KDV möge beschließen:****Digitale Agenda für den Bezirk Mitte**

1 Wir fordern die SPD-Mitglieder in der BVV
2 und im Bezirksamt dazu auf, einen Prozess
3 anzustoßen bzw. verstärkt fortzuführen, eine
4 Digitale Agenda für den Bezirk Mitte zu er-
5 stellen und die im Kommunalwahlprogramm
6 und in der Zählgemeinschaftsvereinbarung
7 festgehaltenen Punkte zum Thema “Digitali-
8 sierung” noch in dieser Legislatur umzuset-
9 zen oder die Umsetzung einzuleiten. Gege-
10 benenfalls fehlende bezirkliche Zuständigkei-
11 ten und Lösungserlaubnisse sind zu benen-
12 nen und transparent zu adressieren, z.B. an
13 die Landesebene.

14

15 Begründung16 *Kommunalwahlprogramm:*17 Transparente und bürger*innenfreundliche
18 Bezirksverwaltung

19 Die Entscheidungen im Bezirksamt und in
20 der Bezirksverordnetenversammlung haben
21 direkte Auswirkungen auf das Leben. Deshalb
22 müssen die dazugehörigen Entscheidungs-
23 prozesse transparenter, verständlich und bür-
24 ger*innenfreundlich dargestellt werden. Das
25 Digitale prägt unseren Alltag, auch im bezirk-
26 lichen Verwaltungshandeln. Daher setzen wir
27 uns in der kommenden Legislatur für einen
28 Ausschuss für Digitalkompetenz in der Be-
29 zirksverordnetenversammlung ein. Wir wer-
30 den die Digitalisierung in Mitte nur dann ge-
31 stalten können, wenn wir sie als zentrale Ent-
32 wicklungsaufgabe des Bezirks begreifen:

- 33 • Der Bezirk Mitte braucht eine politische
- 34 Digitalstrategie in Form einer „Digita-
- 35 len Agenda für Mitte“, die einen über-
- 36 geordneten Rahmen für das zukünftige
- 37 digitale Handeln im Bezirk schafft,
- 38 Schwerpunkte setzt sowie Verantwort-
- 39 lichkeiten und die notwendigen Res-

- 40 sourcen benennt.
- 41 • Digitale Beteiligungsplattformen
42 ermöglichen es allen Menschen, in
43 unserem Bezirk mitzugestalten. Der
44 Ausbau und die Nutzung solcher
45 Plattformen (z.B. mein.berlin.de) soll
46 weiter unterstützt werden. Gleichzeitig
47 soll das Bezirksamt die existierenden
48 digitalen Beteiligungsformen in sein
49 Verwaltungshandeln einbeziehen.
50 Insbesondere soll die digitale Bür-
51 ger*innenbeteiligung im Bereich der
52 Stadtentwicklung ausgebaut werden.
- 53 • Wir wollen, dass das Bezirksamt ein mo-
54 derner Dienstleister für die Bürger*in-
55 nen wird. Bis 2026 wollen wir da-
56 her die mit dem E-Government Gesetz
57 angestoßenen Maßnahmen und Ziele
58 für mehr digitale Bürger*innenservices
59 weiter vorantreiben. Einerseits soll die
60 Digitalisierung der Geschäftsprozesse
61 und andererseits die Möglichkeiten zur
62 mobilen und Telearbeit im Bezirksamt
63 vorangetrieben werden.
- 64 • Die öffentliche Verwaltung muss auch
65 in Zukunft für alle Bürger*innen er-
66 reichbar sein. Wir werden dafür sor-
67 gen, dass die fortschreitende Digitali-
68 sierung inklusiv gestaltet wird. Deswe-
69 gen soll es auch in Zukunft analoge Be-
70 ratung und Betreuung geben. Zugleich
71 fördern wir die breite und lebenslange
72 Vermittlung von Digitalkompetenz bei
73 Jung und Alt. Über eine institutionelle
74 Förderung von „digitalen Werkstätten“
75 und „DigitalScouts“ werden wir die An-
76 siedlung von digitalen Lernräumen im
77 Bezirk Mitte voranbringen.
- 78 • Der Zugang zur digitalen Infrastruktur
79 ist in der derzeitigen Stadtgesellschaft
80 nicht allen Menschen gleichermaßen
81 gegeben. Wir sehen diesen Zugang aber
82 als wesentlichen Bestandteil moderner
83 Daseinsvorsorge und damit als öffentli-
84 ches Gut. Wir wollen daher frei nutzba-
85 re Internetzugänge im Bezirk schaffen,

86 die allen Menschen zugänglich sind. In
87 diesem Ausschuss gilt es, die Digitali-
88 sierung für einen modernen und bür-
89 gernahen Bezirk zu erreichen.

90 Die Fachämter in den Bezirken schaffen es oft
91 nicht, die Dienstleistungen in einer angemessenen
92 Frist zu erbringen bzw. Termine hier-
93 für bereitzustellen. Daher brauchen wir eine
94 schnellere Besetzung aller freien Stellen im
95 Bezirk und eine bedarfsorientierte Personal-
96 verstärkung bei stetiger Aufgabenkritik. Hier-
97 bei streben wir eine Besetzung innerhalb von
98 maximal drei Monaten an. (S. 49-51)

99

100 *Zählgemeinschaftsvereinbarung:*

101 Um die Transparenz und den niederschwel-
102 ligen Zugang zu Informationen zu erhöhen,
103 nutzen alle planenden Ämter aktiv die digi-
104 tale Beteiligungsplattform "mein.berlin.de".
105 Hierüber werden alle öffentlichen und wich-
106 tige private in Umsetzung oder in Planung
107 befindliche Vorhaben in Form von Kenndaten
108 und Plänen über Links bereitgestellt und de-
109 ren inhaltliche Entwicklung und gesellschaft-
110 lichen Implikationen abgebildet. Pilotprojek-
111 te für „Public-civicpartnership“ sind beispiels-
112 weise die Projekte „Haus der Statistik“ und
113 die „Wiesenburg“. (S. 10)

114

115 Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie uns
116 gezeigt, dass die Digitalisierung an unseren
117 Schulen noch nicht beendet ist. Wir wollen in
118 einer Arbeitsgruppe mit allen beteiligten Ak-
119 teur*innen aus Schulen und Verwaltung das
120 Thema voranbringen. Die außerschulischen
121 Bildungs- und Kultureinrichtungen im Bezirk
122 sind unverzichtbare Bausteine des lebensbe-
123 gleitenden Lernens. Unsere Volkshochschu-
124 le, Bibliotheken, Musikschule, Galerien, das
125 Regionalmuseum und die Jugendkunstschu-
126 le sollen zu diversitätssensiblen, rassismus-
127 kritischen und inklusiven Einrichtungen wei-
128 terentwickelt werden, um so für alle Men-
129 schen im Bezirk noch zugänglicher zu werden.
130 Bildungsorte müssen, im Sinne eines breiten
131 Bildungsbegriffs, der auch kulturelle Bildung

132 einschließt, flächendeckend und langfristig
133 im Bezirk Mitte verankert bleiben. Gleich-
134 zeitig sollen sie zu digital leistungsfähigen
135 bezirklichen Einrichtungen des lebenslangen
136 Lernens ausgebaut werden. Das Bezirksamt
137 wird bei der Koordinierung der Betreuungs-
138 und Lernangebote der außerschulischen Ein-
139 richtungen und von Vereinen, Initiativen vor
140 Ort mit den Kitas und Schulen bestmögliche
141 Unterstützung leisten mit dem Ziel, in den So-
142 zialräumen Bildungslandschaften zu gestal-
143 ten. Verstetigung und Ausbau bestehender
144 und neu zu gründender Bildungsverbände
145 sind hierbei ein zentrales Instrument. (S. 15-
146 16)

147

148 Das Bezirksamt Mitte wird weiterhin eine
149 Vorreiterrolle bei der Einführung digitaler Ar-
150 beitsmöglichkeiten einnehmen. Die digitale
151 Akte wird im Laufe des Jahres 2022 einge-
152 führt, möglichst viele Dienstleistungen für
153 Bürger*innen und Unternehmen sollen voll-
154 ständig digital nutzbar sein. In allen Ämtern
155 mit Publikumsverkehr wird die digitale Ter-
156 minvereinbarung bis spätestens 2023 ermög-
157 licht. Das Bezirksamt richtet einen Beirat für
158 Verwaltungsmodernisierung und Digitalisie-
159 rung ein, um die vielen vorhandenen Kompe-
160 tenzen und Erfahrungen der Menschen und
161 Unternehmen in unserem Bezirk für die Mo-
162 dernisierung des Bezirksamtes zu nutzen. (S.
163 17-18)

B10**AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin Mitte****Die KDV möge beschließen:****Stärken wir die politische Bildung gegen Rechtsextremismus und Rassismus in unserem Bezirk!**

1 Die BVV-Fraktion möge beschließen
2 dass ad hoc Projekte der politischen Bil-
3 dung für Jugendliche und Erwachsene gegen
4 Rechtspopulismus und -extremismus sowie
5 gegen jede Form von Rassismus unter Ein-
6 beziehung der öffentlichen Bibliotheken vor
7 Ort mit ausreichenden Mitteln unterstützt
8 werden, wie es in Tempelhof-Schöneberg mit
9 dem Projekt „STARKE SEITEN, STARKE MEI-
10 NUNGEN“ bereits geschieht.

11

12 Begründung

13 Politische Bildung ist kein Privileg der intellek-
14 tuellen Klasse und auch kein exklusives Vor-
15 recht der politisch oder zivilgesellschaftlich
16 Engagierten. Angesichts der zunehmenden
17 Phänomene der Intoleranz, der Gewalt und
18 der wachsenden Unterstützung für die radi-
19 kale, populistische und extremistische Rech-
20 te müssen Maßnahmen auf einer grundle-
21 genden Ebene in Gemeinschaftszentren mit
22 Menschen ergriffen werden, die traditionell
23 außerhalb von Kulturkreisen und Parteien
24 stehen und die aufgrund kultureller, sozialer
25 und wirtschaftlicher Benachteiligungen der
26 rechten Rhetorik am meisten ausgesetzt sind.
27 Die öffentlichen Bibliotheken in Tempelhof-
28 Schöneberg haben seit über einem Jahr meh-
29 rere Projekte zur politischen Bildung mit die-
30 sem Ziel initiiert, es wäre sinnvoll, wenn auch
31 in Mitte eine entsprechende Initiative ergrif-
32 fen würde. Die SPD muss dabei eine führende
33 Rolle spielen.

B11**SPD Frauen Mitte****Die KDV möge beschließen:****Wahlkampfbeauftragte im Kreis Mitte**

- 1 1. Als Wahlkampfbeauftragte der SPD
2 Mitte soll zukünftig immer ein Team
3 von zwei Personen eingesetzt werden.
- 4 2. Bei Wahlkämpfen für das Abgeordnete-
5 ntenhaus, Bundestag und Europapar-
6 lament können Kandidierende nicht
7 gleichzeitig als Wahlkampfbeauftragte
8 eingesetzt werden.
- 9 3. Der Kreisvorstand ernennt in jedem
10 Wahlkampf auf Kreisebene zwei Ver-
11 trauenspersonen, davon mind. eine
12 Frau, an welche sich Wahlkampfbeauf-
13 tragte im Falle von Problemen wenden
14 können.

L Anträge an den Landesparteitag

L1

Kreisvorstand Mitte

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:

Arbeit und Soziales: Fundament für eine sozialdemokratische Zukunft

1 Zur Weiterleitung an den SPD-Parteivorstand
2 und SPD Programmkommission:

3

4 **Arbeit und Soziales: Fundament für eine**
5 **sozialdemokratische Zukunft**

6

7 Wir Sozialdemokrat*innen haben unsere
8 Wurzeln in der Arbeiter*innenbewegung
9 und stehen jederzeit für Freiheit, Gerech-
10 tigkeit und Solidarität ein. Demokratische
11 Mitbestimmung in allen Lebensbereichen,
12 Umverteilung von Vermögen und Chancen
13 für alle sowie eine solidarische und soziale
14 Absicherung für schwierige Lebenslagen sind
15 zentrale Forderungen von uns Sozialdemo-
16 krat*innen. Die Wechselwirkung zwischen
17 Diskriminierung, Rassismus und Arbeits-
18 marktchancen und Armutsgefährdung
19 nehmen wir dabei in den Blick. Unsere Ge-
20 sellschaft entwickelt sich weiter, sowohl die
21 Produktionsbedingungen und der technolo-
22 gische Fortschritt als auch unsere Antworten
23 auf diese Entwicklungen. In den letzten Jahr-
24 zehnten haben wir durch die Digitalisierung
25 und neue Arbeitsorganisationsformen enor-
26 me Produktivitätsgewinne erlebt, die jedoch
27 nicht allen Beschäftigten zugutekamen. Die
28 fortschreitende Globalisierung stellt uns
29 weiter vor Herausforderungen und fordert
30 unsere globale Solidarität mit den Beschäf-
31 tigten und Arbeiter*innen weltweit. Wir sind
32 überzeugt: Gute Arbeit, ein solidarischer
33 Sozialstaat und echte Chancengerechtig-
34 keit sind keine Selbstverständlichkeit und
35 müssen immer wieder politisch erkämpft
36 werden.

37

38 Für eine starke Tarifbindung

39

40

41 Ein starkes Tarifsysteem hilft gegen Nied-
42 riglohn und prekäre Beschäftigung. Eine
43 starke Tarifbindung ist zentral für mehr
44 Einkommensgleichheit, soziale Gerechtigkeit
45 und gute Arbeitsbedingungen. Wir ma-
46 chen uns zusammen mit dem Deutschen
47 Gewerkschaftsbund und den Einzelgewerk-
48 schaften für eine hohe Tarifbindung stark.
49 Wir kämpfen gegen die Tariffucht auf der
50 Arbeitgeberseite, für starke Gewerkschaften
51 und für eine Stärkung des Instrumentes
52 der Allgemeinverbindlicherklärungen. Wir
53 fordern gesetzliche Anpassungen an diesem
54 Instrument, die es ermöglichen, häufiger
55 und einfacher als bisher von der Möglichkeit
56 der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
57 Gebrauch zu machen. Wir setzen uns für
58 ein Verbot von Tariffucht durch Betriebs-
59 spaltungen ein, um so die Umgehung von
60 Tarifverträgen zu verhindern. Wir fordern die
61 Tarifvertragsparteien auf, die Veränderungen
62 in der Arbeitswelt durch den digitalen und de-
63 mografischen Wandel durch entsprechende
64 tarifvertragliche Regelungen zu flankieren.
65 Dort wo dies nicht der Fall ist, fordern wir,
66 dass Bundes- und Landesvergabegesetze
67 den Mindestlohn auf ein Niveau anzuheben,
68 das ein Einkommen mit deutlichem Abstand
69 zum Bürgergeld ermöglicht. Wir setzen uns
70 zusammen mit den Gewerkschaften dafür
71 ein, der Be- und Verhinderung von Betriebs-
72 und Personalratsarbeit Einhalt zu gebieten.
73 Wir wollen dafür sorgen, dass die Präsenz
74 von Betriebs- und Personalräten zunimmt
75 und ihre Mitbestimmungsrechte ausgebaut
76 werden. Dazu müssen Betriebsratswahlen
77 besser abgesichert werden. Jede Form von
78 Be- und Verhinderung von Betriebsratsarbeit
79 ist ein Verbrechen und sollte aktiv verfolgt
80 werden. Daher setzen wir uns dafür ein, rasch
81 und endlich §119 Betriebsverfassungsgesetz
82 von einem Antragsdelikt zu einem Offizi-
83 aldelikt hochzustufen. Wir halten es auch

84 für wichtig, dass das Wahlverfahren weiter
85 vereinfacht und mit mehr Rechtssicherheit
86 ausgebaut wird. Gerade vor dem Hintergrund
87 neuer Arbeitsformen und der Digitalisierung
88 setzen wir uns dafür ein, dass kollektive
89 Vertretungsrechte für alle Erwerbsformen
90 gesichert und ggf. neue Wege gefunden
91 werden. Insbesondere treten wir ein für ein
92 Verbandsklagerecht für Gewerkschaften,
93 welches ein Klagerechte gegen tarifliche
94 Missachtungen et möglichen würde. Um
95 gute Löhne und Arbeitsbedingungen für
96 viele Menschen zu sichern, muss der Staat
97 mit gutem Beispiel vorangehen. Daher sollen
98 öffentliche Verträge und staatliche Förderun-
99 gen nur an tarifgebundene Unternehmen
100 mit Betriebsrat vergeben werden dürfen.
101 Denn wir sind uns einig: Keine staatlichen
102 Aufträge an Unternehmen ohne Tarifbindung
103 und ohne Betriebsrat. Wir fordern steuerliche
104 Vorteile für Gewerkschaftsbeiträge. Diese
105 sind z. B. durch eine Verbesserung der Ab-
106 setzbarkeit von Mitgliedsbeiträgen, in dem
107 diese aus der Werbungskostenpauschale
108 herausgenommen werden sollen, möglich.
109 Wir setzen uns für die Einführung einer
110 Demokratiezeit für Arbeitnehmer*innen ein.
111 Bezahlte Arbeitszeit für Gewerkschaftsar-
112 beit, denn Mitbestimmung am Arbeitsplatz
113 und gute Arbeitsbedingungen stärken die
114 Demokratie insgesamt.

115

116 **Prekäre Arbeitsverhältnisse erkennen und** 117 **beenden**

118

119 Der **Mindestlohn** ist eines der erfolgreichsten
120 Instrumente zur Bekämpfung von Niedriglöh-
121 nen und prekären Beschäftigungsverhältnis-
122 sen in Deutschland. Seit seiner Einführung
123 hat er die Lohnsituation für Millionen von Ar-
124 beitnehmer*innen verbessert und so einen
125 wichtigen Beitrag zur Reduzierung von Ein-
126 kommensungleichheiten geleistet. Um die-
127 sem Erfolg weiter gerecht zu werden, muss
128 der Mindestlohn konsequent durchgesetzt
129 und bis 2026 auf 15 € pro Stunde erhöht wer-

130 den. Darüber hinaus ist er regelmäßig an die
131 Inflation und an die allgemeine Lohnentwick-
132 lung anzupassen, um die Kaufkraft zu sichern.
133 Strenge Maßnahmen zur Kontrolle der Ein-
134 haltung des Mindestlohns müssen ausgewei-
135 tet werden. Gleichzeitig nimmt die Zahl pre-
136 kärer Beschäftigungsverhältnisse im Dienst-
137 leistungssektor, insbesondere durch platt-
138 formbasierte Geschäftsmodelle wie Uber und
139 Lieferando, stark zu. Diese Geschäftsmodelle
140 bieten oft keine ausreichenden sozialen Absi-
141 cherungen und zwingen die Beschäftigten in
142 abhängige, aber formal selbstständige Tätig-
143 keiten. Dadurch werden grundlegende Rech-
144 te, wie der Anspruch auf Mindestlohn, so-
145 ziale Sicherung und Arbeitsschutz, umgan-
146 gen. Es muss sichergestellt werden, dass al-
147 le Arbeitnehmer*innen, die für Plattformun-
148 ternehmen tätig sind, unter den Schutz des
149 Mindestlohns und der Sozialversicherungen
150 fallen. Darüber hinaus müssen die Unterneh-
151 men verpflichtet werden, faire Arbeitsbedin-
152 gungen zu garantieren, einschließlich einer
153 Absicherung gegen Arbeitsunfälle, Krankheit
154 und Altersarmut. Eine klare gesetzliche Ab-
155 grenzung zwischen Arbeitnehmer*innen und
156 Selbstständigen ist an dieser Stelle notwen-
157 dig, um Missbrauch durch Scheinselbststän-
158 digkeit zu verhindern.

159

160 **Leiharbeit** bleibt ein weiteres Instrument,
161 das Unternehmen oftmals zulasten der Leih-
162 arbeiter*innen Flexibilität bietet. Sie haben
163 in vielen Fällen schlechtere Arbeitsbedingun-
164 gen und werden schlechter bezahlt als die
165 Stammebelegschaft. Wir fordern deshalb glei-
166 chen Lohn für gleiche Arbeit ab dem ers-
167 ten Tag der Beschäftigung. Um dauerhafte
168 Leiharbeit zu verhindern, muss ihre Einsatz-
169 dauer auf maximal zwölf Monate pro Ein-
170 satz begrenzt werden. Zudem müssen die
171 Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei
172 der Einsatzplanung gestärkt werden. Auch
173 die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse
174 hat in den letzten Jahren stark zugenommen.
175 Besonders junge Menschen und Berufsein-

176 steiger*innen sind hiervon betroffen, was zu
177 Unsicherheit und Planungsunfähigkeit führt.
178 Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsver-
179 trägen und damit einhergehende Kettenver-
180 träge muss abgeschafft werden. Nach zwei
181 Jahren befristeter Beschäftigung muss ein
182 unbefristetes Arbeitsverhältnis obligatorisch
183 sein.

184 Praktika sind ein zentraler Baustein im Über-
185 gang von der Ausbildung in das Berufsleben.
186 Sie bieten die Chance, praktische Erfahrun-
187 gen zu sammeln und sich beruflich zu orien-
188 tieren. Allerdings dürfen sie nicht dazu ge-
189 nutzt werden, junge Menschen als günsti-
190 ge Arbeitskräfte auszubeuten. Es ist unerläss-
191 lich, dass Praktika fair vergütet werden, insbe-
192 sondere wenn sie länger als drei Monate dau-
193 ern. Neben einer angemessenen Bezahlung
194 muss der Schutz von Praktikant*innen durch
195 eine verstärkte Kontrolle von Arbeitszeit, Ar-
196 beitsbedingungen und dem Einhalten recht-
197 licher Vorgaben gewährleistet sein.

198 Trotz hoher Arbeitsbelastung verdienen vie-
199 le Beschäftigte weiterhin viel zu wenig. Oft
200 müssen prekär Beschäftigte mit Bürgergeld
201 aufstocken, da sie sonst nicht in der Lage sind,
202 ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Dies be-
203 trifft Millionen Beschäftigte im Niedriglohn-
204 sektor. Prekär beschäftigt sind strukturell be-
205 sonders Frauen bzw. Alleinerziehende, jun-
206 ge Menschen und Menschen mit Migrations-
207 geschichte. Sie hängen besonders oft in der
208 Armutsfalle Minijob fest. Minijobber*innen
209 sind im erheblichen Maße von Altersarmut
210 gefährdet, da sie keine Ansprüche auf Leis-
211 tungen aus der Arbeitslosen-, Kranken- oder
212 Pflegeversicherung haben. Zudem sind Mini-
213 jobs nicht sozialversicherungspflichtig, son-
214 dern prekär und ungesichert. Deshalb setzen
215 wir uns für eine Abschaffung von Minijobs
216 ein.

217

218 **Künstliche Intelligenz und Automatisierung**

219

220 Künstliche Intelligenz (KI) und Automatisie-
221 rung bieten enormes Potenzial, unser Ar-

222 beitsleben zu bereichern, indem sie Prozes-
223 se effizienter gestalten und neue Möglich-
224 keiten schaffen. Gleichzeitig müssen wir die-
225 sen technologischen Wandel mit Vorsicht an-
226 gehen, um sicherzustellen, dass die Interes-
227 sen und Rechte der Arbeitnehmer*innen ge-
228 schützt werden. Die fortschreitende Entwick-
229 lung von Künstlicher Intelligenz und Auto-
230 matisierungstechnologien hat das Potenzi-
231 al, zahlreiche Arbeitsplätze zu gefährden. Be-
232 sonders betroffen sind Berufe im Dienstleis-
233 tungssektor, in der Produktion sowie in admi-
234 nistrativen Tätigkeiten, die von Routineauf-
235 gaben geprägt sind. Um dieser Entwicklung
236 gerecht zu werden, müssen wir die betroffe-
237 nen Arbeitnehmer*innen schützen und ihnen
238 durch Weiterbildungs- und Umschulungspro-
239 gramme eine Perspektive bieten. Dafür muss
240 es einen bundesweiten Weiterbildungsfonds
241 für Arbeitnehmer*innen und staatlich geför-
242 derte Programme geben, die den Erwerb neu-
243 er, zukunftsfähiger Kompetenzen fördern und
244 somit eine neue Beschäftigung in innovati-
245 ven und wachsenden Branchen ermöglichen.
246 Durch die Einführung eines Rechtsanspruchs
247 auf Weiterbildung und Qualifizierung für
248 gefährdete Arbeitnehmer*innen muss sicher-
249 gestellt werden, dass niemand im Wandel
250 der Arbeitswelt zurückgelassen wird. Die Ar-
251 beitsagenturen müssen enger mit Unterneh-
252 men, Bildungseinrichtungen und den Betrof-
253 fenen zusammenarbeiten, um funktionieren-
254 de Qualifizierungsprogramme zu entwickeln.
255 Zusätzlich müssen Anreize für Unternehmen
256 geschaffen werden, ihre Beschäftigten aktiv
257 in diesen Weiterbildungsprozess einzubinden
258 und dadurch langfristige Arbeitsplatzsicher-
259 heit zu gewährleisten. Weiter müssen neue
260 Ausbildungsberufe und Studiengänge im Be-
261 reich Digitalisierung, KI und Automatisierung
262 intensiviert werden. Diese neuen Bildungs-
263 angebote müssen frühzeitig auf die Anforde-
264 rungen der Arbeitswelt vorbereiten. Dazu ge-
265 hört auch die Förderung von dualen Studi-
266 engängen und praxisorientierten Weiterbil-
267 dungen, die in enger Zusammenarbeit mit

268 der Industrie entwickelt werden. Für ältere
269 re Arbeitnehmer*innen und geringqualifizier-
270 te Beschäftigte müssen spezielle Förderpro-
271 gramme implementiert werden, damit nie-
272 mand abgehängt wird!

273 Darüber hinaus unterstützen wir Arbeitneh-
274 mer*innen und Gewerkschaften in ihrem Be-
275 streben, die Arbeitszeit zu reduzieren. Das
276 Ziel muss sein, mehr Menschen zu ermögli-
277 chen, weniger Stunden bei vollem Lohnaus-
278 gleich zu arbeiten, um so eine bessere Ver-
279 einbarkeit von Beruf und Privatleben zu ge-
280 währleisten und gleichzeitig die Produktivi-
281 tät durch innovative Arbeitsmodelle zu stei-
282 gern. Diese Entwicklung ist gerade in Zeiten
283 der Automatisierung ein zentraler Baustein
284 für die Zukunft der Arbeit. Künstliche Intelli-
285 genz und Automatisierung bieten auch Chan-
286 cen für gute digitalisierte Arbeit, mehr Selbst-
287 bestimmung und Mitbestimmung aller Be-
288 schäftigten. Dies gelingt nur, wenn Beschäf-
289 tigte entlastet und Überwachung entgegen-
290 gewirkt wird. Daher fordern wir ein Recht
291 auf Unerreichbarkeit während der Ruhezei-
292 ten, eine stärkere Flexible Arbeitszeiten müs-
293 sen Beschäftigten die Möglichkeit geben, frei
294 darüber zu entscheiden, wann sie arbeiten
295 wollen. Dies gelingt nur durch die Novellie-
296 rung des Arbeitszeitgesetzes. Zusätzlich bie-
297 tet die Automatisierung eine Chance, dass
298 Branchen, die unter einem hohen Fachkräfte-
299 mangel leiden, entlastet werden. Neben der
300 Weiterbildung und Jobsicherheit der Arbeit-
301 nehmer, ist es auch Aufgabe der Politik, auto-
302 matisierte Umsetzungsmaßnahmen zu eva-
303 luieren, um die Arbeitsbelastung der Arbeit-
304 nehmer*innen zu reduzieren. Dies ist insbe-
305 sondere im öffentlichen Nahverkehr, der Lo-
306 gistik und in der Verwaltung zu überprüfen.

307

308 **Qualifizierung ermöglichen**

309

310 Bildung, Nachqualifizierung, Weiterbildung
311 und Qualifizierung sind integrale Bestandtei-
312 le einer aktiven Sozial- und Arbeitsmarktpoli-
313 tik und wirken präventiv, im Sinne der Eröff-

314 nung von Möglichkeiten der sozialen Teilha-
315 ben und bei Zugängen zu Ausbildung und Ar-
316 beit. Dies gilt für alle Menschen und verfolgt
317 das Prinzip einer integrativen und inklusiven
318 Bildung.

319 Lebenslanges Lernen ermöglicht es Men-
320 schen länger in Arbeit zu bleiben und auch
321 bei Umbrücken eine Qualifikationsadäquate
322 neue Beschäftigung zu finden. Dadurch wer-
323 den die Systeme staatlicher Transferleistun-
324 gen nachhaltig entlastet und auchdem Fach-
325 kräftemangel wird entgegengewirkt. Die So-
326 zialdemokratie hat sich zum Ziel gesetzt, das
327 Grundrecht auf Bildung kostenfrei zu gestal-
328 ten, um einer Stigmatisierung von Betrof-
329 fenen, verbunden mit einer Entbürokratisie-
330 rung und Schwellensetzungen entgegenzu-
331 wirken. Unterschiedliche Leistungssysteme
332 sind so zu verzahnen, dass ein verlässliches,
333 kohärentes, an den Notwendigkeiten orien-
334 tiertes System entsteht. Eine Sockelfinanzie-
335 rung muss Leistungen und Angebote sichern,
336 um Kontinuität und Qualität zu sichern. Ei-
337 ne Unterscheidung zwischen freiwilligen und
338 gesetzlichen Leistungen muss zukünftig ent-
339 fallen. Im Zusammenhang mit Bildung muss
340 das Kooperationsverbot in allen Zusammen-
341 hängen durch ein Kooperationsgebot ersetzt
342 werden, um notwendige Finanzierungen und
343 Strukturierungen unter Nutzung der Mög-
344 lichkeiten von Kommunen, Ländern und den
345 Bund miteinander und nicht in der Abgren-
346 zung wirken zu lassen.

347

348 **Gute Ausbildung**

349

350 Im Jahr 2023 haben rund 489.200 junge Men-
351 schen eine Ausbildung begonnen, was einem
352 Anstieg von drei Prozent im Vergleich zu 2022
353 entspricht. Obwohl die Zahlen weiterhin un-
354 ter dem Niveau vor der Corona-Pandemie lie-
355 gen (minus 6,9 Prozent oder 35.900 Ausbil-
356 dungsverträge im Vergleich zu 2019), zeigt
357 sich insgesamt eine positive Entwicklung auf
358 dem Ausbildungsmarkt. Sowohl das Interes-
359 se junger Menschen an Ausbildungsplätzen

360 als auch das Angebot an freien Stellen ha-
361 ben zugenommen. Allerdings bestehen wei-
362 terhin erhebliche Schwierigkeiten, Angebot
363 und Nachfrage effektiv zusammenzuführen.
364 Dies spiegelt sich in den wachsenden Antei-
365 len unbesetzter Ausbildungsstellen und er-
366 folglos Suchender wider. Laut dem Berufsbil-
367 dungsbericht 2024, den das Bundeskabinett
368 verabschiedet hat, blieben 2023 bundesweit
369 rund 73.400 Ausbildungsstellen unbesetzt,
370 was 13,4 Prozent des gesamten Angebots ent-
371 spricht – ein neuer Höchstwert. Gleichzeitig
372 hatten etwa 63.700 junge Menschen am 30.
373 September noch keinen Ausbildungsplatz ge-
374 funden, was einem Anteil von 11,5 Prozent
375 entspricht. Um diesen Missstand zu beheben,
376 haben junge Menschen, die keinen betriebli-
377 chen Ausbildungsplatz finden, seit April 2024
378 ein Recht auf eine garantierte Ausbildung,
379 insbesondere in Regionen mit einem gerin-
380 gen Ausbildungsplatzangebot. Dies ist ein Er-
381 folg, für den die SPD lange gekämpft hat. Den-
382 noch bleibt das Ziel, ein noch engmaschigeres
383 Auffangnetz zu schaffen, damit keine*r ohne
384 Ausbildungsplatz bleibt. Unternehmen müs-
385 sen verstärkt ausbilden, um allen die Mög-
386 lichkeit zu geben, ihren Wunschberuf zu erler-
387 nen. Es ist nicht hinnehmbar, jedes Jahr tau-
388 sende Jugendliche im Stich zu lassen, wäh-
389 rend gleichzeitig über Fachkräftemangel ge-
390 klagt wird. Es zeigt sich, dass in bestimm-
391 ten Branchen, in denen die Ausbildungsver-
392 gütung niedrig und die Arbeitsbedingungen
393 schlecht sind, besonders viele Stellen unbe-
394 setzt bleiben. Hier bedarf es einer umlage-
395 finanzierten Ausbildungsgarantie sowie ei-
396 nes individuellen Rechtsanspruchs auf einen
397 Ausbildungsplatz. Dies würde die Kosten der
398 Ausbildung fair auf alle Unternehmen vertei-
399 len, die Ausbildungsqualität verbessern und
400 gezielte Unterstützung für Jugendliche beim
401 Übergang von der Schule in den Beruf bie-
402 ten. Wir fordern außerdem die Sicherstellung,
403 dass eine erneute Probezeit nach der Über-
404 nahme aus der Ausbildung in ein festes Ar-
405 beitsverhältnis im ausbildenden Betrieb nicht

406 zulässig ist. Bei der Anstellung eines Azu-
407 bis, durchläuft diese*r bereits eine vertrag-
408 lich festgelegte Probezeit. Darüber hinaus hat
409 sich ein Azubi über die Dauer seiner*ihrer
410 Ausbildung insofern bewiesen, als dass sie*er
411 für eine Übernahme in Frage gekommen ist,
412 eine anschließende Probezeit ist daher aus of-
413 fensichtlichen Gründen unnötig.

414

415 **Forderungen:**

- 416 • Einführung einer umlagefinanzierten
417 Ausbildungsgarantie.
- 418 • Faire Verteilung der Ausbildungskosten
419 auf alle Unternehmen, um die Qualität
420 der Ausbildung zu steigern.
- 421 • Keine erneute Probezeit nach der Über-
422 nahme im ausbildenden Betrieb
- 423 • Deutliche Anhebung der Mindestaus-
424 bildungsvergütung

425

426 **Rente und Pension – ein Alter in Würde**

427

428 Wir wollen die gesetzliche Rente weiterhin
429 stärken und stehen für eine dauerhaft stabile
430 Rentenleistung, die Lebensstandard sichernd
431 sein soll. Wir setzen uns vorerst für ein dauer-
432 haftes Rentenniveau von mindestens 48 Pro-
433 zent ein, arbeiten aber daran, dass sich das
434 Rentenniveau weiter erhöht. Gute Löhne, die
435 aus einer starken Tarifbindung und unserer
436 Arbeitsmarktpolitik resultieren, sind der Ga-
437 rant für die Stabilität der gesetzlichen Ren-
438 te. Sie ist der Schlüssel, damit alle, die hart
439 und lange arbeiten, auch gut im Alter da-
440 von leben können. Für rund zwei Drittel der
441 über 65-Jährigen ist die gesetzliche Rente die
442 wichtigste Einkommensquelle im Alter. Die
443 gesetzliche Rente ist und bleibt also das Herz-
444 stück der Alterssicherung in Deutschland. Vor
445 allem die demografische Entwicklung hinter-
446 lässt langsam Spuren. In naher Zukunft ge-
447 hen die sogenannten „Babyboomer“, in den
448 Ruhestand. Gleichzeitig hat die steigende Le-
449 benserwartung dazu geführt, dass sich der
450 Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölke-
451 rung deutlich erhöht hat – während nachfol-

452 gende Generationen weniger Kinder bekom-
453 men haben. Das Rentenniveau würde ohne
454 Sicherung zwangsläufig sinken. Mit dem Ren-
455 tenpaket II werden wir dafür sorgen, dass das
456 Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent sta-
457 bilisiert wird. Die Sicherung des Mindestni-
458 veaus wirkt in einem ersten Schritt bis Mitte
459 2040. Dann müssen laut Gesetz für die Zeit
460 nach 2040 weitere Vorschläge zur Sicherung
461 dieses Rentenniveaus unterbreitet werden.
462 So haben auch junge Menschen die Garantie,
463 dass sie nach dem Arbeitsleben eine ordent-
464 liche Rente bekommen. Aktuelle Vorausbe-
465 rechnungen lassen aber den Schluss zu, dass
466 diese Belastungen weniger stark ausfallen
467 werden als angenommen und auch die Bei-
468 träge sind schon jetzt weniger stark gestie-
469 gen als befürchtet. Das liegt an einem star-
470 ken Arbeitsmarkt, auf dem heute mehr ältere
471 Beschäftigte, Frauen und ausländische Fach-
472 kräfte arbeiten als früher. Und je mehr Men-
473 schen in sozialversicherungspflichtige Arbeit
474 gebracht werden, umso mehr Beiträge stär-
475 ken die Rente. Es ist also möglich, mit den
476 richtigen Weichen die Rente fit für die Zu-
477 kunft zu machen. Wir haben erfolgreich die
478 Grundrente eingeführt. Sie ist ein Fortschritt
479 und schützt viele Menschen, die Jahrzehnte
480 für geringe Löhne gearbeitet haben, vor dem
481 Risiko im Alter arm zu sein. Wir lehnen ei-
482 ne weitere Anhebung des gesetzlichen Ren-
483 teneintrittsalters ab. Sie bedeutet für viele,
484 die nicht länger arbeiten können, eine Ren-
485 tenkürzung. Den gesetzlichen Anspruch, dass
486 besonders langjährig Versicherte vor Errei-
487 chen der Regelaltersgrenze abschlagsfrei in
488 Rente gehen können, wollen wir beibehalten.
489 Um die langfristige Stabilität der gesetzlichen
490 Rentenversicherung zu gewährleisten und Al-
491 tersarmut zu verringern, müssen alle Berufs-
492 gruppen verpflichtend in das System einbezo-
493 gen werden. Durch Rentenversicherungsbei-
494 träge von Selbstständige, Beamt*innen und
495 freie Berufe wird die finanzielle Basis gestärkt
496 und Ungleichheiten im Alter abgebaut. Da-
497 durch wird ein einheitliches Rentensystem

498 geschaffen, das für alle Erwerbstätigen faire
499 und sichere Rahmenbedingungen bietet.

500

501 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

502

503 Frauen müssen in unserer Gesellschaft noch
504 immer einen Großteil der unbezahlten Sor-
505 gearbeit leisten. Oft stemmen sie neben
506 ihrem Job noch Haushalt und Kindererzie-
507 hung, haben mit unsicherer Kinderbetreu-
508 ung, schlechterer Bezahlung und geringeren
509 Karrierechancen zu kämpfen. Das steuerli-
510 che Ehegattensplitting macht es für Frau-
511 en häufig noch unattraktiver, ihre Arbeits-
512 stunden aufzustocken, weshalb viele in Mini-
513 Jobverhältnissen arbeiten, welche ihnen kei-
514 ne soziale Absicherung bieten.

515 Daher fordern wir:

- 516 • Die Abschaffung des steuerlichen
517 Ehegatten-Splittings
- 518 • Minijobs abzuschaffen mit einer vollen
519 Sozialversicherungspflicht ab dem ers-
520 ten Euro
- 521 • Die Subventionierung von unterstüt-
522 zenden haushaltsnahen Dienstleis-
523 tungen (z.B. Reinigungskräfte, private
524 Kinderbetreuung, Au-Pairs, Gartenhilfe
525 etc.) für Familien, durch die Bundes-
526 agentur für Arbeit, wenn dadurch
527 der Arbeitsumfang erhöht oder eine
528 Reduzierung vermieden werden kann
529 (Belgisches Modell)
- 530 • Eine grundsätzliche Reduzierung der
531 Arbeitszeit auf eine 30 Stunden Wo-
532 che als neue (kleine) Vollzeit bei vollem
533 Lohnausgleich, um eine bessere Verein-
534 barkeit von Leben und Arbeit zu er-
535 möglichen. Zur Unterstützung der Ge-
536 werkschaften in ihrem Kampf für ei-
537 ne Reduzierung der Arbeitszeit soll ei-
538 ne groß angelegte Machbarkeitsstudie
539 durch das BMAS in Auftrag gegeben
540 werden. Darüber hinaus sollen Anreize
541 für Unternehmen geschaffen werden,
542 die eine allgemeine reduzierte Arbeits-
543 zeit bei vollem Lohnausgleich ermögli-

544 chen.

545

546 **Neue Chancen: das Bürgergeld**

547

548

549 Die Einführung des Bürgergeldes und die da-
550 mit eingeleitete Abkehr von Hartz IV war
551 richtig und wir verteidigen diesen wichtigen
552 Schritt. Die konstanten Angriffe auf die Re-
553 form durch das gesamte rechte gesellschaft-
554 liche Spektrum von AfD über CDU bis FDP
555 diffamieren das Bürgergeld und die Men-
556 schen, die auf die Unterstützung angewiesen
557 sind, in populistischer und teils hetzerischer
558 Weise. Anders als häufig behauptet ist das
559 Bürgergeld kein "Bedingungsloses Grundein-
560 kommen", sondern es wird nur auf Antrag an
561 Personen gezahlt, die bedürftig sind. Zudem
562 gibt es Mitwirkungspflichten – das bedeu-
563 tet, dass Bürgergeldbeziehende daran mit-
564 wirken müssen, die eigene Hilfsbedürftigkeit
565 zu überwinden. Doch anders als im Hartz IV
566 System setzt das Bürgergeld auf einen Wan-
567 del in der Zusammenarbeit zwischen Jobcen-
568 ter und Bürger:innen: die nächsten Schritte
569 sollen gemeinsam und möglichst im Konsens
570 festgestellt werden, eine Weiterbildung wird
571 unterstützt und es sollen vor allem jene Jobs
572 und Maßnahmen vermittelt werden, die zu
573 den Menschen passen. Wir wissen auch, dass
574 ein Großteil der Langzeitarbeitslosen gesund-
575 heitliche Probleme haben, zwei Drittel ha-
576 ben keinen Schulabschluss und für viele ist
577 der Weg in Erwerbsarbeit weit. Daher ist viel
578 Unterstützung nötig – und nicht eine immer
579 weitere Verschärfung von Sanktionen. Daher
580 fordern wir:

- 581 • Eine bessere Ausfinanzierung der Job-
582 center, damit sie genug Personal für die
583 Beratung anstellen können und für je-
584 de arbeitslose Person ein passendes An-
585 gebot machen können (Job, Maßnahme
586 oder Qualifizierung)
- 587 • Eine Ausweitung des sozialen Arbeits-
588 marktes (Maßnahmen nach §16i) für
589 weitere Gruppen sowie eine Option auf

590 Verlängerung, wenn nach 5 Jahren ei-
591 ne Übernahme durch den Träger nicht
592 möglich ist.

593 • Eine Ausweitung der sozialraum-
594 orientierten Ansätzen, aufsuchender
595 Beratung und Coaching-Angeboten,
596 um auch Menschen mit größeren
597 Vermittlungshemmnissen oder Distanz
598 zu behördlichen Strukturen zu unter-
599 stützen

600 • Eine Überarbeitung von Briefen und Be-
601 scheidungen, sodass diese leicht verständ-
602 lich sind

603 • Die Karenzzeit wieder auf mindestens
604 12 Monate, besser jedoch 24 Monate
605 auszuweiten, damit sich Menschen, die
606 neu im Bürgergeld sind, zunächst orien-
607 tieren können und evtl. eine Qualifizie-
608 rung machen können, statt sich über ei-
609 nen möglichen Umzug Gedanken ma-
610 chen zu müssen.

611

612 **Arbeitsmarktintegration von Migrant: innen** 613 **und Geflüchteten**

614

615 Deutschland ist ein Einwanderungsland und
616 durch Zuwanderung geprägt. Die Gründe für
617 Migration sind ebenso vielfältig, Menschen
618 sind auf der Suche nach einer Ausbildung,
619 einem Studienplatz oder einer Arbeit. Unser
620 Ziel ist der frühzeitige Arbeitsmarktzugang
621 und die damit verbundene Selbstwirksam-
622 keit mit Einkommen und sozialen Kontakten.
623 Denn Arbeitsmarktintegration ist ein zentra-
624 ler Baustein für Integration und Partizipation.
625 Wir fordern, dass der „Turbo zur Arbeitsmark-
626 tegration von Geflüchteten“ extern wissen-
627 schaftlich evaluiert werden muss und die Er-
628 gebnisse implementiert werden. Schon jetzt
629 ist deutlich, dass es zu wenig Finanzmittel
630 und widersprüchliche Anreize gibt. Gute Be-
631 ratung ist für schnelle Arbeitsmarktintegrati-
632 on zwingend notwendig. Es muss mehr Per-
633 sonal in Jobcenter eingestellt werden und
634 Unternehmen stärker verpflichtend einbezo-
635 gen werden. Schon durch den rechtswech-

636 selkreis Geflüchteter Ukrainer*innen haben
637 die Jobcenter erhöhten Finanzbedarf, der be-
638 reitgestellt werden muss. Die vom Bund ge-
639 tragenen Eingliederungs- und Verwaltungs-
640 budgets der Jobcenter sind nicht ausreichend
641 und müssen erhöht werden. Der Weg in Ar-
642 beit, vor allem in qualifikationsnahe Beschäf-
643 tigung ist ein langer Weg. Qualität und Quan-
644 tität der Arbeitsmarktintegration sollen nicht
645 gegeneinander ausgespielt werden. Schnel-
646 le Arbeitsaufnahme darf nicht zu sogenann-
647 ten „log in“ Effekten führen. Vermittlungsan-
648 gebote in niedrigqualifizierte Tätigkeiten und
649 nicht nach Qualifikation lehnen wir ab. Der
650 Spracherwerb ist ein zentraler Faktor für die
651 Arbeitsmarktintegration. Dafür braucht es
652 niedrigschwellige Einstiegs – und Orientie-
653 rungsangebote (EOK) des Bundes als Regel-
654 struktur. Migrationsberatung ist im Kontext
655 von Arbeit und Ausbildung eine wichtige An-
656 laufstelle und muss gestärkt werden. Teilneh-
657 mende an einem Job-Berufssprachkurs (Job-
658 BSK), die nicht im Leistungsbezug (AsylbLG,
659 SGB II, SGB XII oder Anspruch auf Arbeitslo-
660 sengel) stehen, müssen die anfallenden Kos-
661 ten i.H.v. 50 Prozent des Kostenerstattungs-
662 satzes selbst tragen, was eine erhebliche Hür-
663 de für die Inanspruchnahme dieser Kurse von
664 Beschäftigten darstellen. Hier braucht es be-
665 darfungerechte Lösungen.

666

667 **Beratungsstrukturen und Anlaufstellen zu-** 668 **sammenführen**

669

670 Unser Sozialstaat ist gut ausgebaut, jedoch
671 häufig zu komplex, zu bürokratisch und
672 schwerfällig. Viel zu oft kommt die Hilfe
673 nicht dort an, wo sie am dringendsten benö-
674 tigt wird, da die Menschen im Antrags- und
675 Behördenschungel verloren gehen. Um die
676 Effizienz und Zugänglichkeit sozialer Unter-
677 stützungsangebote zu verbessern, sollen re-
678 gelmäßige und verpflichtende Austauschfor-
679 mate zwischen Institutionen wie den Sozi-
680 alämtern, dem Jobcenter, dem LAF und an-
681 deren relevanten Akteuren geschaffen wer-

682 den. Das soll den Aufbau von persönlichen
683 Kontakten fördern und die notwendige Ko-
684 ordination von Hilfsleistungen verbessern. Es
685 ist notwendig, soziale Leistungen und die
686 zuständigen Behörden stärker zusammenzu-
687 führen. So werden klare Verantwortlichkeiten
688 geschaffen und der Zugang zu Transferleis-
689 tungen vereinfacht. Um den bürokratischen
690 Aufwand zu minimieren und notwendige Hil-
691 fen schneller zu gewährleisten, soll eine zen-
692 trale Anlaufstelle geschaffen werden. Weiter-
693 hin müssen die Antragsprozesse für soziale
694 Transferleistungen vereinfacht und digitali-
695 siert werden. Durch ein modernes, digitales
696 System sollen Menschen unkompliziert und
697 effizient auf die ihnen zustehenden Unter-
698 stützungen zugreifen können. Um die Zusam-
699 menarbeit und das Verständnis zwischen Be-
700 hörden und sozialen Trägern zu stärken, for-
701 dern wir die Einrichtung regelmäßiger Schu-
702 lungen und Austauschprogramme. Diese sol-
703 len sicherstellen, dass die Fachkräfte effizi-
704 ent zusammenarbeiten und die Unterstüt-
705 zung dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

706

707 **Kinderarmut bekämpfen**

708

709 Die Kinderarmut hat im Jahr 2023 mit 21,3
710 Prozent aller Kinder ein trauriges Rekord-
711 hoch erreicht. Gelder, die für arme Kinder be-
712 reitgestellt werden, erreichen diese viel zu
713 selten. Oft fehlt das Wissen über die Leis-
714 tungen oder die Beantragung ist zu kom-
715 pliziert und überfordert gerade die Famili-
716 en, die es sowieso schon nicht leicht haben.
717 Mit der Kindergrundsicherung sollten daher
718 die Kind-bezogenen Unterstützungsleistun-
719 gen gebündelt und über eine einheitliche An-
720 laufstelle administriert werden. Komplizier-
721 te Anträge und die Rennerei zwischen ver-
722 schiedenen Behörden sollten der Vergangen-
723 heit angehören. Einfach, digital und bedarfs-
724 deckend sollte die Leistung sein. Leider war
725 es nicht möglich, dieses Ziel in die Wirklich-
726 keit umzusetzen. Die schleppende Digitalisie-
727 rung und unterschiedlichste Datensysteme in

728 den Ämtern stellen den Datenaustausch vor
729 erhebliche Herausforderungen. Und nicht zu-
730 letzt wurde für eine deutlich höhere Leistung
731 für alle Kinder auch nicht ausreichend Geld
732 zur Verfügung gestellt. Dennoch brauchen
733 wir dringend eine Umkehr in unserem Un-
734 terstützungssystem für Kinder und Jugend-
735 liche. Unser Ziel bleibt weiterhin: kein Kind
736 und kein junger Mensch soll in Armut auf-
737 wachsen!

738 Wir fordern daher entschieden:

- 739 • Das Kindergeld für alle Kinder min-
740 destens auf die Höhe der Bürgergeld-
741 Regelbedarfsstufe Vier (14-17-jährige
742 Kinder, derzeit 471 Euro pro Monat)
743 anzuheben. Der steuerliche Kinderfrei-
744 betrag sollte diesem Wert angeglichen
745 werden.
- 746 • Eine Neuberechnung des kindlichen
747 Existenzminimums (für Bürgergeld,
748 Wohngeld etc.) unter Einbeziehung
749 von Kindern- und Jugendlichen
- 750 • Den Kindergeldübertrag im Bürgergeld
751 abzuschaffen und somit Alleinerzie-
752 hende zu entlasten.
- 753 • Die Einführung einer Kinder-Karte für
754 alle Kinder in Deutschland, über die dis-
755 kriminierungsfrei und unbürokratisch
756 Leistungen in Anspruch genommen
757 werden können (z.B. Zugang zu Mu-
758 seen, städtischen Schwimmbäder,
759 Deutschlandticket etc.)
- 760 • Den Ausbau von kostenloser Infrastruk-
761 tur für alle Kinder, insbesondere kos-
762 tenloses Frühstück und Mittagessen in
763 Kitas und Schulen, Lernmittel, ÖPNV,
764 Hausaufgabenbetreuung.

765

766 **Armut im Studium entgegenreten**

767

768 Ob im Kindergarten, in der Schule oder im
769 Studium, noch immer hängt die Chance auf
770 Bildung vom Geldbeutel der Eltern ab. Sta-
771 tistiken zeigen, dass in Deutschland viele
772 Studierende von Armut betroffen sind. Wir
773 wollen dieser Abwärtsspirale entgegenreten

774 und fordern den aktuellen BAföG-Höchstsatz
775 zu erhöhen. Dabei sollen ferner die BAföG-
776 Fördersätze regelmäßig und dynamisch an
777 die Inflationsrate angepasst werden. Dar-
778 über hinaus muss die Entbürokratisierung
779 des BAföGs weiter vorangetrieben werden,
780 in dem beispielsweise die Bearbeitung der
781 BAföG-Anträge innerhalb von drei Monaten
782 erfolgen soll. Es darf nicht sein, dass Stu-
783 dierende und Auszubildende mehr als ein
784 halbes Jahr auf ihren Bescheid warten müs-
785 sen. Damit niemand durch das Sozialsys-
786 tem fällt, müssen finanzielle Aufstockungen
787 durch Wohngeld, Bürger*innengeld und wei-
788 tere Sozialleistungen für BAföG-Beziehende
789 ermöglicht werden.

790

791 **Wirksamer Klimaschutz durch Klimageld**

792

793 Für uns Sozialdemokrat:innen ist klar: Der Kli-
794 maschutz muss immer sozial gedacht wer-
795 den. Bei der Bekämpfung der Klimakrise set-
796 zen wir uns gegen Konsumshaming Einzel-
797 ner ein und nehmen große Unternehmen und
798 den Staat stärker in Pflicht. Während reichere
799 Menschen die Auswirkungen von Teuerungen
800 kaum spüren und kompensieren können, ist
801 das besonders armutsbetroffene Menschen
802 unmöglich. Daher ist es für uns unabding-
803 bar, sozial-gerechte Maßnahmen einzufüh-
804 ren, die den Teuerungen entgegenwirken.

805 Das Klimageld in der kommenden Bundes-
806 tagswahl zu beschließen, die Finanzierung
807 im nächsten Bundeshaushalt sicherzustel-
808 len und die Auszahlung umzusetzen. Dazu
809 muss eine digitale Auszahlungsinfrastruktur
810 noch vor Ende der Legislaturperiode geschaf-
811 fen werden.

812

813 **Mietenarmut bekämpfen durch Förderung** 814 **des sozialer Wohnungsbaus und wirksamen** 815 **Mieter*innenschutz**

816

817 Deutschland steht sowohl in städtischen als
818 auch in ländlichen Gebieten vor ernstern Her-
819 ausforderungen auf dem Wohnungsmarkt.

820 Besonders in den Ballungszentren explodieren die Mieten. Viele Menschen können sich den Wohnraum, der ihnen zur Verfügung steht, nicht mehr leisten. Die steigenden Mietkosten verschärfen die Armut in der Bevölkerung und bedrohen besonders einkommensschwache Haushalte.

827 Um den Entwicklungen entgegenzuwirken, müssen gezielte steuerliche Anreize geschaffen werden, die sowohl Neubau als auch Sanierung von Wohnraum fördern. Insbesondere der Bau von Sozialwohnungen und genossenschaftlichen Wohnprojekten muss vom Bund unterstützt werden. So kann langfristig bezahlbarer Wohnraum geschaffen und soziale Durchmischung in Städten und ländlichen Regionen gewährleistet werden.

837 Ein nationales Wohnbauprogramm ist notwendig, das sowohl in urbanen als auch in ländlichen Gebieten die Schaffung von neuem Wohnraum forciert und bestehende Sozialwohnungen langfristig erhält. Dabei ist es unerlässlich, dass die Sozialbindung von geförderten Wohnungen verlängert wird, damit sie langfristig für einkommensschwache Haushalte zur Verfügung stehen und nicht nach Ablauf der Fristen dem freien Markt zu überhöhten Preisen überlassen werden.

848 Weiter muss der Bund rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, die Mieter*innen vor übermäßigen Mieterhöhungen und Verdrängung schützen. Hierbei fordern wir einen bundesweiten Mietendeckel. Er ist notwendig, um die exorbitanten Mietsteigerungen vor allen in besonders belasteten Städten zu begrenzen und Mieter*innen in angespannten Wohnungsmärkten zu schützen. Gleichzeitig ist es wichtig, Mieter*innen besser vor Eigenbedarfskündigungen zu schützen, indem Vermieter*Innen verpflichtet werden, gleichwertigen Ersatzwohnraum zur Verfügung zu stellen, um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu präventiv zu begegnen. Auch im ländlichen Raum muss der Bund gezielte Maßnahmen ergreifen, um dem demografischen Wandel progressiv entgegenzutreten.

866 ten. Hierzu gehört der Ausbau der Infrastruk-
867 tur, wie schnelles Internet und öffentlicher
868 Nahverkehr, ebenso wie die gezielte Förde-
869 rung von nachhaltigem Wohnungsbau. Es ist
870 entscheidend, dass der Bund den barriere-
871 freien Ausbau von Wohnraum fördert, um
872 der wachsenden Nachfrage nach barrierefrei-
873 en Wohnungen gerecht zu werden. Das be-
874 trifft sowohl den Neubau als auch die Sa-
875 nierung bestehender Wohnungen, um sicher-
876 zustellen, dass auch ältere Menschen und
877 Menschen mit Behinderungen angemesse-
878 nen Wohnraum finden.

879 Wichtig ist auch, Obdachlosigkeit wirksam
880 entgegenzutreten. Dabei ist es unerlässlich,
881 dass der Bund seiner zentralen Rolle bei der
882 Bereitstellung von Ressourcen und der Koor-
883 dinierung von Hilfsmaßnahmen nachkommt.
884 Das erfordert in erster Linie eine ausreichen-
885 de und nachhaltige Finanzierung der Obdach-
886 losenhilfe.

887 Eine Sockelfinanzierung muss sicherstellen,
888 dass die Versorgung von Obdachlosen und
889 die Bereitstellung sicherer und barrierefrei-
890 er Unterkünfte das ganze Jahr über gewähr-
891 leistet sind. Hierzu müssen Bund und Länder
892 gemeinsam ein dauerhaftes Finanzierungs-
893 modell entwickeln, das die Abhängigkeit von
894 zeitlich befristeten Projektmitteln reduziert
895 und langfristige Stabilität bietet.

896 Darüber hinaus muss der Bund eine bun-
897 desweit einheitliche Statistik zu Todesfäl-
898 len durch Kältetod und anderen mit Ob-
899 dachlosigkeit verbundenen Ursachen etablie-
900 ren. Diese Daten sind notwendig, um ziel-
901 gerichtete Präventionsmaßnahmen zu ent-
902 wickeln und die Situation obdachloser Men-
903 schen systematisch zu verbessern. Der Bund
904 muss hier eine übergeordnete Rolle einneh-
905 men, um eine einheitliche Datenerhebung
906 und -auswertung sicherzustellen. Zudem ist
907 die Stärkung der Präventionsmaßnahmen zur
908 Verhinderung von Obdachlosigkeit auf natio-
909 naler Ebene von zentraler Bedeutung.

910 Das beinhaltet unter anderem den Ausbau
911 von sozialen Sicherungssystemen, um ins-

912 besondere ältere Menschen, Arbeitslose, Ge-
913 ringverdienende und Migrant*innen vor dem
914 Verlust ihres Zuhauses zu schützen. Der Bund
915 muss Rahmenbedingungen schaffen, die die
916 frühzeitige Unterstützung gefährdeter Perso-
917 nen sicherstellen, bevor es zu einer existenzi-
918 ellen Krise kommt.
919

L2**Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Digitale Teilhabe: Basisinternetzugang für alle**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
2 glieder des Deutschen Bundestages auf, sich
3 für eine gesetzliche Grundlage eines Basis-
4 internetzugangs für alle einzusetzen. Ana-
5 log zur gesetzlichen Regelung eines Basiskon-
6 tos soll ein Modell geschaffen werden, das
7 allen Verbraucher*innen in Deutschland ei-
8 ne bezahlbare digitale Teilhabe ermöglicht.
9 Das Modell soll eine angemessene Kostende-
10 ckelung beinhalten. Weiterhin gilt es zu prü-
11 fen, ob gesetzlich angemessene Datenraten
12 für einen Basisinternetzugang vorgeschrie-
13 ben werden.

14

15 Begründung

16 Der Zugang zum Internet ist heute eine wich-
17 tige Grundvoraussetzung für gesellschaftli-
18 che Teilhabe und ist damit ein zentrales so-
19 zialdemokratisches Anliegen. Das Internet ist
20 heutzutage grundlegend für Information und
21 Kommunikation und wird zukünftig einen
22 noch höheren Stellenwert einnehmen, wenn
23 es beispielsweise um mobiles Arbeiten und
24 den Zugang zu digitalen Verwaltungsleistun-
25 gen geht. Alle Bürgerinnen und Bürger soll-
26 ten deshalb grundlegenden und bezahlbaren
27 Zugang zum Internet haben. Internetanbieter
28 sollen deshalb verpflichtet werden, allen Bür-
29 gerinnen und Bürgern über ein Basisinternet-
30 angebot den Zugang zum Internet zu ermög-
31 lichen.

32 Das Modell kann analog zum Modell des Ba-
33 siskontos aufgesetzt werden. Die Regelung
34 des Zugangs zum Basiskonto erkennt an, wie
35 wichtig es ist, dass alle Menschen Zugang zur
36 Zahlungsinfrastruktur über ein eigenes Konto
37 haben und setzt entsprechende gesetzliche

38 Regelungen im Zahlungskontengesetz (§ 31
39 Anspruch auf Abschluss eines Basiskontover-
40 trags) um. Wichtig für eine gesetzliche Rege-
41 lung für einen Basisinternetzugang ist, dass
42 eine angemessene Datenrate Berücksichti-
43 gung findet, denn nur so können mobiles Ar-
44 beiten, Verwaltungsleistungen oder entspre-
45 chende Informationsmöglichkeiten genutzt
46 werden.

L3**Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Mehr Digitalisierung und weniger Papier - Landesebene**

1 Der Landesvorstand möge beschließen:
2 Wir fordern den geschäftsführenden Lan-
3 desvorstand dazu auf, das Kurt-Schumacher-
4 Haus zu bitten, alle Prozesse zu analysieren,
5 die für einen LPT Papier erzeugen könnten
6 (z.B. Einladungen, Protokolle, Initiativanträ-
7 ge, etc.), diese auf ihre Notwendigkeit hin
8 zu überprüfen und die, die übrig bleiben,
9 möglichst barrierefrei zu digitalisieren, z.B.
10 durch Online-Formulare. Oberste Zielsetzung
11 ist eine Effizienzsteigerung. Die technischen
12 Voraussetzungen gilt es zu schaffen. Dar-
13 über hinaus soll eine Abschaffung von Brief-
14 Aussendungen für die interne Parteiarbeit ge-
15 prüft werden, die mit einer Kampagne zur „E-
16 Mailisierung“ von Genoss:innen, die aktuell
17 nur per Post erreichbar sind, einhergehen soll.
18 Sonderwünsche für Ausdrücke soll es weiter-
19 hin geben. Diese sollten z.B. zwei Wochen
20 im Voraus angemeldet und von den Gliede-
21 rungen bezahlt werden müssen. Eine solida-
22 rische Kostenverteilung unter den Gliederun-
23 gen gilt es zu prüfen.

24

25 Begründung

26 Es gibt in Deutschland mehr Smartphones
27 als Einwohner:innen. Auf Drucker trifft dies
28 nicht zu. Insbesondere unter Delegierten ist
29 es eher unwahrscheinlich, dass die Vorausset-
30 zungen zur Anschaffung und Bedienung ei-
31 nes Smartphones sowie ein Internetzugang
32 nicht vorliegen. Für Härtefälle sind Ausnah-
33 men zu schaffen. Ähnlich wie Überweisungs-
34 schein bei Banken oder Sparkassen seit Jahr-
35 zehnten nur noch gegen Gebühr bearbeitet
36 werden, sollte auch die Attraktivität von Pa-
37 pier für die Parteiarbeit sinken.

38 Mit diesen Maßnahmen würde man auch der

39 zunehmenden Anzahl von Initiativanträgen
40 gerecht.
41 Die häufig von Gegner:innen ins Feld geführ-
42 te Zielgruppe der AG 60 plus oder AG Selbst
43 Aktiv werden meist als undigital stigmati-
44 siert. Dabei wurden fast alle Parteizeitungen
45 bereits vollständig digitalisiert und vor allem
46 Menschen mit Beeinträchtigungen profitie-
47 ren von digitalen Angeboten, die ohne Dru-
48 cker, Stift oder Scanner funktionieren.
49 Im Sinne der Nachhaltigkeit sollten Ressour-
50 cen gespart werden.

L4**Abteilung 10 Schillerpark****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Modernisierung der Struktur des geschäftsführenden Vorstandes auf Unterbezirks-/ Kreisebene zur Schaffung digitaler Kompetenz**

- 1 • Schaffung einer „Vertreter*in für digi-
- 2 tale Kommunikation“ in den geschäfts-
- 3 führenden Unterbezirks-/ Kreisvorstän-
- 4 den durch erforderliche Anpassung des
- 5 Statutes.
- 6 • Die Verantwortung für die digitale
- 7 Kommunikation nach innen und au-
- 8 ßen ist in den geschäftsführenden
- 9 Unterbezirks-/ Kreisvorständen anzu-
- 10 siedeln. Die gewählte Kreisvertreter*in
- 11 für digitale Kommunikation soll stimm-
- 12 berechtigtes, gleichwertiges Mitglied
- 13 im geschäftsführenden Unterbezirks-/
- 14 Kreisvorstand sein.
- 15 • Für die neue Position sind die
- 16 Unterbezirks-/ Kreisvorstände nicht zu
- 17 vergrößern, sondern eine Stellvertre-
- 18 ter*innenposition ist zu ersetzen.

19

20 Begründung

21 Die Unterbezirke sollen eine Arbeitsstruktur
22 erhalten, die sie befähigt, die digitale Kompe-
23 tenz sicherzustellen und voranzutreiben. Oh-
24 ne digitale Kompetenz ist die SPD mittelfris-
25 tig weder in ihren Strukturen noch in ihren
26 politischen Programmen zukunftsfähig und
27 bereits aktuell defizitär aufgestellt.

28 Die Strukturen entsprechen nicht mehr den
29 aktuellen Herausforderungen parteipoliti-
30 scher Arbeit. Die Belange der Digitalisie-
31 rung in der politischen Arbeit können nicht
32 als Querschnittsaufgabe eines Vorstandes
33 nebenbei geregelt werden. U.a. haben die
34 Analysen zur Europawahl 2024 gezeigt, dass
35 Inhalte der SPD in den Kommunikations-
36 welten und damit Lebenswelten der U25

37 Wähler*innen nicht stattfinden und ihre
38 Botschaft unsichtbar ist.

39 Die erfolgreiche Digitalisierung der Partei
40 auf allen Ebenen wird nur dann unterstützt,
41 wenn Digitalkompetenz strukturell verankert
42 und macht- und personalpolitisch honoriert
43 wird.

44 Die SPD benötigt dringend über alle Ebe-
45 nen ineinandergreifende Strukturen, welche
46 die Professionalisierung im Bereich Digitali-
47 sierung an der ehrenamtlichen Basis aus der
48 Zufälligkeit holen und strukturell unterstüt-
49 zen. Dabei kommt den Unterbezirksvorstän-
50 den die Führungsaufgabe zu:

51 Benötigt wird eine verantwortliche Person:

- 52 • welche den Mitgliedern generationen-
53 übergreifend als Ansprechpartner*in
54 für Fragen der Social Media Arbeit,
55 der Nutzung digitaler Tools für die
56 interne Parteiarbeit und Fragen des
57 Datenschutzes zur Verfügung steht.
- 58 • welche die Social Media und Webprä-
59 senz eines Unterbezirkes monitort -
60 und dabei von anderen Führungsaufga-
61 ben entlastet ist.
- 62 • welche durch Angebote der innerpar-
63 teilichen Bildungsarbeit die digitale
64 Kompetenz der Ortsvereinsebene
65 vorantreibt.

66 Die neue Funktion eines/einer Kreisver-
67 treter*in für digitale Kommunikation for-
68 dert die Unterbezirke, in ihrer politischen
69 Rekrutierungs- und Aufbauarbeit aktiv um
70 Mitglieder mit Digitalkompetenz zu werben.
71 Darin liegt jedoch auch eine Chance für die
72 SPD, die berufsbiographische Vielfalt unter
73 Parteifunktionär*innen zu erhöhen.

L5**Abteilung 10 Schillerpark****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Modernisierung der Struktur des geschäftsführenden Vorstandes auf Ortsvereins/ Abteilungsebene zur Schaffung digitaler Kompetenz**

- 1 • Schaffung einer „Vertreter*in für digitale Kommunikation“ im geschäftsführenden Ortsvereins-/ Abteilungsvorstand durch erforderliche Anpassung des Statutes.
 - 2
 - 3
 - 4
 - 5
 - 6 • dass die Person, welche die digitale Kommunikation eines Ortsvereines/ einer Abteilung übernimmt, voll stimmberechtigtes, gleichwertiges Mitglied im geschäftsführenden Ortsvereins- /
 - 7
 - 8
 - 9
 - 10
 - 11
 - 12
 - 13
 - 14
 - 15
 - 16
 - 17
 - 18
 - 19
- 14 • Für die neue Position sind die Ortsvereins-/ Abteilungsvorstände nicht zu vergrößern, sondern eine Stellvertreter*innenposition ist zu ersetzen.
 - 15
 - 16
 - 17
 - 18
 - 19

20 Begründung

21 Die Gesellschaft ändert sich, aber unsere
22 Strukturen ziehen nicht mit. Sie entsprechen
23 nicht den aktuellen Bedingungen und Be-
24 darfen parteipolitischer Arbeit im digitalem
25 Raum.

26 Der SPD ist der Transfer von der traditionel-
27 len Medienlandschaft in die virtuellen Räu-
28 me nicht geglückt. Die Analysen zur Europa-
29 wahl 2024 haben z. B. gezeigt, dass Inhalte
30 der SPD in den Kommunikationswelten und
31 damit Lebenswelten der U25 Wähler*innen
32 nicht stattfinden und die Botschaft der SPD
33 unsichtbar ist. Diese Lücke wird u.a. durch po-
34 pulistische Parteien gefüllt.

35 Die sogenannten “Sozialen Medien” sind Teil
36 des politischen Alltags. Nicht nur, aber insbe-

37 besondere vor Wahlen steigt die Bedeutung di-
38 gitaler Kanäle, um auf die politische Willens-
39 bildung - im Sinne der verfassungsgemäßen
40 Aufgabe von Parteien - Einfluss zu nehmen.
41 Politiker*innen und Parteien können und soll-
42 ten hier mit Menschen und Zivilgesellschaft
43 kommunizieren.

44 Die SPD benötigt dringend über alle Ebenen
45 ineinandergreifende Strukturen, welche die
46 Professionalisierung im Bereich Social Media
47 an der Basis aus der Zufälligkeit holen und un-
48 terstützen. Dafür ist eine feste Ansprechpart-
49 ner*in auf Ortsvereinsebene zwingend not-
50 wendig.

51 Bestehende erfolgreiche digitale Kommuni-
52 kation der Partei im ehrenamtlichen Bereich
53 ist derzeit nicht strategisch aufgebaut, son-
54 dern die Folge von Einzelaktionen. Die SPD
55 kann es sich politisch nicht leisten, digitale
56 Kompetenz erst auf Ebene der Mandatsträ-
57 ger*innen und bezahlten Mitarbeiter*innen
58 zu starten.

59 Die statutarisch nicht verankerte Funktion
60 der*des sogenannten „Internetbeauftragten“
61 in einigen Ortsvereinen ist veraltet und benö-
62 tigt ein Upgrade. Sie würdigt den gestiege-
63 nen Aufwand der involvierten Personen nicht.
64 Eine der wichtigsten und permanenten Zu-
65 kunftsaufgaben der SPD kann nicht durch Be-
66 auftragte gelöst werden. Die Funktion des Be-
67 auftragten spiegelt Wichtigkeit, Zeitaufwand
68 und Verantwortungsgrad der Social Media
69 Arbeit und Netzpräsenz in der Ortsvereinsar-
70 beit nicht wider.

71 Die neue Funktion der Vertreter*in für digi-
72 tale Kommunikation fordert die Ortsvereine,
73 sich in ihrer Rekrutierungs- und Aktivierungs-
74 arbeit aktiv um Mitglieder zu bemühen, wel-
75 che die notwendige Medienkompetenz ein-
76 bringen oder aufbauen möchten. Nur so kann
77 ein zukunftsfähiges Fundament für politische
78 Arbeit im Web in den Parteigliederungen ent-
79 stehen.

L6**Abteilung 10 Schillerpark****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Flexibilisierung der Schriftführung in der Struktur des geschäftsführenden Vorstandes auf Ortsvereins- /Abteilungsebene**

- 1 • Die Ortsvereine/Abteilungen sollen
2 bei der turnusmäßigen Wahl des ge-
3 schäftsführenden Vorstandes anstelle
4 der Wahl einer einzigen Schriftfüh-
5 rer*in auch die Möglichkeit haben,
6 die Schriftführung alternativ als
7 Gemeinschaftsaufgabe des geschäfts-
8 führenden Vorstandes beschließen zu
9 lassen.
- 10 • Flexibilität der Schriftführung durch er-
11 forderliche Anpassung des Statutes.

12

13 Begründung

14 Die Schriftführung ist eine der aufwendigs-
15 ten Aufgaben in der SPD-Ortsvereinsarbeit im
16 Ehrenamt. Kleinere Ortsvereine - insbeson-
17 dere im ländlichen Raum - haben die Her-
18 ausforderung diese Position zu besetzen, ob-
19 wohl die Aufgabe der Schriftführung auch gut
20 als Gemeinschaftsaufgabe der Mitglieder des
21 geschäftsführenden Vorstandes gelöst wer-
22 den könnte.

23 Arbeitszeitregelungen und die damit verbun-
24 denen Verpflichtungen und Lebensstile ha-
25 ben sich verändert. Für viele Schriftführer*in-
26 nen ist eine kontinuierliche Anwesenheit oh-
27 nehin schwer zu leisten. Die Arbeit sollte auf
28 mehrere Schultern verteilt werden können. In
29 der derzeitigen Praxis und sinkenden Mitglie-
30 derzahlen geschieht dies ohnehin häufig.

31 Die Änderung entspricht lediglich einer An-
32 passung des Statutes an die Realitäten. Sie
33 ist einer Zusammenlegung von Ortsvereinen
34 vorzuziehen, da die Präsenz vor Ort eines der
35 Alleinstellungsmerkmale der SPD darstellt.

L7**Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Arbeitsaufwand im Ehrenamt besser verteilen – Überarbeitete „Grundsätze für die Arbeit der Mitgliederbeauftragten“ für bis zu zwei Mitgliederbeauftragte für Ortsvereine**

1 Der Parteivorstand wird aufgefordert, die
2 „Grundsätze für die Arbeit der Mitgliederbe-
3 auftragten“* dahingehend zu aktualisieren,
4 dass Ortsvereine bis zu zwei Mitgliederbeauf-
5 tragte einsetzen dürfen.

6

7 Begründung

8 Aktuell regeln die „Grundsätze für die Arbeit
9 der Mitgliederbeauftragten“, dass jeder Orts-
10 verein eine/n Mitgliederbeauftragte/n ein-
11 setzen darf. In großen Gliederungen und
12 Ortsvereinen mit mehreren Hundert Mitglie-
13 dern ist dieses Amt jedoch nicht von einer
14 Person zu stemmen. Die Organisation von
15 Stammtischen, das Versenden von Geburts-
16 tagsglückwünschen sowie Aufgaben der Mit-
17 gliederehrung erfordern, dass in diesem Fall
18 bis zu zwei Mitgliederbeauftragte Zugriff auf
19 die Mitgliederdaten haben und sich die Auf-
20 gaben untereinander aufteilen. Die Möglich-
21 keit zwei Mitgliederbeauftragte einzusetzen
22 erleichtert großen Gliederungen die Mitglie-
23 derbetreuung und verteilt die Arbeitslast auf
24 mehrere Schultern. Dies ist auch im Hinblick
25 auf Teilhabe sowie die Vereinbarkeit von Eh-
26 renamt, Arbeit und Familie dringend wün-
27 schenswert. Bei zwei Mitgliederbeauftragten
28 ist eine Quotierung zu prüfen.

29 *Link zu den aktuellen „Grundsätzen für
30 die Arbeit der Mitgliederbeauftragten“:
31 <https://meine.spd.de/fileadmin/kam->
32 [pagne/Parteiarbeit/Mitgliederwer-](https://meine.spd.de/fileadmin/kampagne/Parteiarbeit/Mitgliederwerbung/Grundsätze_Mitgliederbeauftragte.pdf)
33 [bung/Grundsätze_Mitgliederbeauftrag-](https://meine.spd.de/fileadmin/kampagne/Parteiarbeit/Mitgliederwerbung/Grundsätze_Mitgliederbeauftragte.pdf)
34 [te.pdf](https://meine.spd.de/fileadmin/kampagne/Parteiarbeit/Mitgliederwerbung/Grundsätze_Mitgliederbeauftragte.pdf)¹

L8**AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Abschiebungen und Menschenrechte: Kein Kompromiss nach unten!**

1 dass bei der Abschiebung von Asylbewerbern,
2 die schwere Straftaten begangen haben, das
3 Grundprinzip, das eine Demokratie auszeich-
4 net, nämlich die unbedingte Achtung der
5 Menschenrechte, stets zu berücksichtigen ist.
6 Die notwendige und gerechte Bestrafung von
7 Straftätern muss in Deutschland vollzogen
8 und die Strafe verbüßt werden.
9 Die SPD setzt sich dafür ein, Abschiebungen
10 in unsichere Länder wie Afghanistan und Syri-
11 en abzulehnen, weil dort weder ein faires Ver-
12 fahren noch der Schutz grundlegender Men-
13 schenrechte der Gefangenen gewährleistet
14 ist.

15

16

17

18 Begründung

19 Die Reaktion der deutschen Politiker und
20 mancher Mitglieder unserer Partei auf die
21 schweren und traurigen Ereignisse in Solin-
22 gen ist gefährlich. Auf der einen Seite gibt es
23 eine unüberlegte Reaktion, die sich die Rhetorik
24 der konservativen und radikalen Rechten
25 zu eigen macht, mit der dramatischen Folge,
26 dass die Stimmung aufgeheizt und eine ganze
27 Kategorie von Menschen, nämlich Asylbewerber
28 und Ausländer im Allgemeinen, stigmatisiert
29 wird. Eine Demokratie hat die moralische Pflicht,
30 politische Entscheidungen zu treffen, die immer
31 maßvoll sind und mit der Geschichte übereinstimmen.
32 Diejenigen, die Verbrechen begehen, ob sie nun
33 Ausländer sind oder nicht, müssen vor Gericht
34 gestellt und, falls sie für schuldig befunden
35 werden, bestraft werden. Gefangene sind Menschen
36 und müssen als solche, auch wenn sie sich
37 schwerer Verbrechen schuldig gemacht ha-

39 ben, mit Respekt behandelt werden. Asylbe-
40 werber aus Ländern wie Afghanistan sollten
41 nicht abgeschoben werden, das wäre so, als
42 ob wir unsere Hände in Unschuld waschen
43 würden, wenn es um das Schicksal eines Men-
44 schen geht, der in Gefängnissen landet, in
45 denen Folter erlaubt ist und die Todesstrafe
46 droht. Als SPD können wir nicht zulassen, dass
47 die Menschenrechte ignoriert werden.

L9**AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Schaffung sicherer Räume für Menschen palästinensischer Herkunft, die das Trauma des Todes von Familienmitgliedern und Bekannten erleben**

1 dass ein aktives Engagement erforderlich ist,
2 um zivilgesellschaftliche Strukturen zu unter-
3 stützen, die bereits in dieser Art von Aktivitä-
4 ten tätig sind. Die SPD verpflichtet sich, Res-
5 sourcen zu finden, um konkrete Unterstüt-
6 zung bei der Schaffung von sicheren Räumen
7 zu bieten, in denen Menschen palästinensi-
8 scher Herkunft, die in unserer Stadt leben,
9 ihre Sorgen über die ernste Situation in Ga-
10 za ausdrücken und moralische Unterstützung
11 erhalten können - z.B. eine vertrauliche Hot-
12 line mit Support, Informationen und lokalen
13 Ressourcen, und Projekte, die Kriseninterven-
14 tionsdienste anbietet.

15

16 Begründung

17 Die Lage in Gaza ist ernst. Die Zahl der zivi-
18 len Opfer, insbesondere Frauen und Kinder,
19 ist außer Kontrolle geraten. Viele Menschen
20 palästinensischer Herkunft, auch unter un-
21 seren Mitgliedern, finden keine geeigneten
22 Räume, in denen sie ihre Trauer zum Aus-
23 druck bringen können, da sie befürchten, ver-
24 balen Angriffen oder Einschüchterungen aus-
25 gesetzt zu sein. Die vorherrschende Rheto-
26 rik will die legitime Unterstützung der pa-
27 lästinensischen Frage mit der Unterstützung
28 der Hamas gleichsetzen. Dies ist eine große
29 Ungerechtigkeit gegenüber den vielen Men-
30 schen, die durch den Tod von Familienmit-
31 gliedern, Bekannten und Freunden ein Trau-
32 ma erleben. Die SPD muss sich dafür einset-
33 zen, dass jede Möglichkeit der Diskriminie-
34 rung ausgeschlossen wird. Es ist zu bedenken,
35 dass der gesellschaftliche Zusammenhalt un-
36 tergraben wird, wenn nicht rechtzeitig gegen
37 diese Formen des Hasses und der Stigmatisie-

38 rung vorgegangen wird.

L10**PG Nahost (Sprecherinnen: Hannah Elten u. Jutta Koch-Unterseher)****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Dem Völkerrecht verpflichtet: Anpassung der deutschen Israelpolitik an die internationale Rechtsprechung**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion möge beschließen,
2
3 Der SPD-Bundesvorstand möge beschließen:
4 Mit diesem Antrag wollen wir Deutschlands
5 aus der Schuld für die Verbrechen des Zweiten
6 Weltkriegs und den Holocaust erwachsenen
7 besonderen Verantwortung für die Sicherheit
8 jüdischen Lebens weltweit, für das
9 Existenzrecht Israels in den völkerrechtlich
10 festgestellten Grenzen vom 4. Juni 1967 und
11 für die Schaffung eines Zustands, der auf
12 der regelbasierten, internationalen völkerrechtlichen
13 und humanitären Ordnung beruht, gerecht werden.
14 Der Antrag knüpft an den Beschluss des Berliner
15 Landesvorstands 100/1/2024 vom 10. Juni 2024 an,
16 den wir uns vollumfänglich zu eigen machen.
17
18 Die nachfolgenden Forderungen im Hinblick
19 auf den Nahostkonflikt verstehen wir als Bausteine
20 hin zu einem Prozess zu einer friedlichen
21 Koexistenz von Israelis und Palästinensern.
22 Wir wollen dabei dem Prinzip der doppelten
23 Solidarität mit beiden Seiten treu bleiben.
24 Weder Terrorakte wie der Hamas-Angriff am
25 7. Oktober und die anschließende und bis heute
26 andauernde Geiselnahme, noch die fortwährende
27 Zerstörung der Lebensgrundlagen und Vertreibung
28 der palästinensischen Bevölkerung sind Garantien
29 für Frieden. Es bedarf einer umfassenden
30 Anstrengung aller Akteure und der Bereitschaft
31 zu vertrauensbildenden Maßnahmen, wenn ein
32 langfristiger Frieden angestrebt werden soll.
33
34 Am 19. Juli 2024 hat der Internationale
35 Gerichtshof (IGH) sein durch die VN-

36 Generalversammlung in Auftrag gegebenes
37 Gutachten zur israelischen Besatzungspolitik
38 veröffentlicht, in welchem er nachstehen-
39 de völkerrechtliche Schlussfolgerungen
40 aufstellt:

- 41 • Die anhaltende Präsenz des Staates
42 Israel im besetzten palästinensischen
43 Gebiet ist rechtswidrig;
- 44 • Der Staat Israel ist verpflichtet, seine
45 rechtswidrige Präsenz im besetzten pa-
46 lästinensischen Gebiet so schnell wie
47 möglich zu beenden;
- 48 • Der Staat Israel ist verpflichtet, alle neu-
49 en Siedlungsaktivitäten sofort einzu-
50 stellen und alle Siedler aus den besetz-
51 ten palästinensischen Gebieten zu eva-
52 kuieren;
- 53 • Der Staat Israel ist verpflichtet, den
54 Schaden zu entschädigen, der allen be-
55 troffenen natürlichen oder juristischen
56 Personen im besetzten palästinensi-
57 schen Gebiet zugefügt wurde;
- 58 • Alle Staaten sind verpflichtet, die Situa-
59 tion, die sich aus der unrechtmäßigen
60 Präsenz des Staates Israel in den be-
61 setzten palästinensischen Gebieten er-
62 gibt, nicht als rechtmäßig anzuerken-
63 nen und keine Hilfe oder Unterstüt-
64 zung bei der Aufrechterhaltung der Si-
65 tuation zu leisten, die durch die fortge-
66 setzte Präsenz des Staates Israel in den
67 besetzten palästinensischen Gebieten
68 entstanden ist;
- 69 • Internationale Organisationen, ein-
70 schließlich der Vereinten Nationen,
71 sind verpflichtet, die Situation, die
72 sich aus der rechtswidrigen Präsenz
73 des Staates Israel in den besetzten
74 palästinensischen Gebieten ergibt,
75 nicht als legal anzuerkennen;
- 76 • Die Vereinten Nationen und insbeson-
77 dere die Generalversammlung, die die-
78 se Stellungnahme angefordert hat, und
79 der Sicherheitsrat sollten die genau-
80 en Modalitäten und weiteren Maßnah-
81 men prüfen, die erforderlich sind, um

82 der rechtswidrigen Präsenz des Staates
83 Israel im besetzten palästinensischen
84 Gebieten so schnell wie möglich ein En-
85 de zu setzen.

86 Dieses Gutachten ist nicht rechtsverbindlich.
87 Jedoch stehen die sich dem Völkerrecht und
88 Multilateralismus verpflichtende Bundesre-
89 publik und insbesondere die SPD als inter-
90 nationalistische Partei in der Verantwortung,
91 die durch die höchstrangige Institution in-
92 ternationaler Rechtsprechung gefassten Ent-
93 scheidungen unverzüglich umzusetzen. Dies
94 bedeutet, dass die deutsche Nahostpolitik an
95 die Inhalte des Gutachtens des Internatio-
96 nalen Gerichtshofs, ebenso wie an alle an-
97 deren gefassten Entscheidungen internatio-
98 naler völkerrechtlicher Instanzen, angepasst
99 werden muss. Dabei ist sorgfältig zwischen
100 dem Staatsgebiet Israels und den illegal be-
101 setzten Gebieten zu unterscheiden. Diese An-
102 passung sollte der Bundesregierung umso
103 eher möglich sein, als die Rechtsauffassung,
104 dass die israelischen Siedlungen in den be-
105 setzten Gebieten völkerrechtswidrig sind, seit
106 vielen Jahren offizielle Position der Bundes-
107 republik und der EU ist. Das Existenzrecht Is-
108 raelis innerhalb der Grenzen vom 4. Juni 1967
109 steht dabei selbstverständlich außer Frage.

110 Wir fordern deshalb:

- 111 • Sicherzustellen, dass Bundesregierun-
112 gen mit SPD-Beteiligung zukünftig die
113 Jurisdiktion von IGH, Internationalem
114 Strafgerichtshof (IStGH) und weiteren
115 internationalen Gerichten hinsichtlich
116 Fällen in den palästinensischen Gebie-
117 ten nicht mehr anfechten. Ebenso soll
118 in anderen zukünftigen Fällen verfahren
119 werden, in welchen ebenfalls durch
120 Deutschland nicht anerkannte Staa-
121 ten, wie z.B. Taiwan, internationale Ge-
122 richtsbarkeit wegen schwerer Verstöße
123 gegen das Völkerrecht anrufen.
- 124 • Sicherzustellen, dass Bundesregie-
125 rungen mit SPD-Beteiligung durch
126 internationale Gerichte im Nahost-
127 konflikt gefällte Urteile, verhängte

128 einstweilige Maßnahmen und ver-
129 öffentlichte Gutachten unverzüglich
130 überall dort umsetzen, wo der eigene
131 Handlungsspielraum es zulässt. Dies
132 schließt neben dem öffentlichen Ein-
133 treten für die vollständige Umsetzung
134 des IGH-Gutachtens insbesondere die
135 öffentliche kritische Ansprache im Falle
136 der Nichtumsetzung mit ein.

- 137 • Sicherzustellen, dass die Bundes-
138 regierung sich im EU-Rahmen
139 für die Suspendierung des EU-
140 Assoziierungsabkommens mit Israel
141 bis zur vollumfänglichen Umsetzung
142 der Forderungen des IGH-Gutachtens,
143 der durch den IGH erlassenen einst-
144 weiligen Maßnahmen hinsichtlich der
145 humanitären Situation in Gaza sowie
146 etwaiger Haftbefehle des IStGH gegen
147 israelische Staatsbürger einsetzt.
- 148 • Sicherzustellen, dass die Bundesre-
149 gierung sich im EU-Rahmen bis zur
150 vollumfänglichen Umsetzung des
151 IGH-Gutachtens für eine schrittweise
152 Sanktionierung von
153 - israelischen Siedler*innen (wie erstmals im
154 April 2024 geschehen)
155 - israelischen Staatsbediensteten, welche die
156 völkerrechtswidrige Besatzung umsetzen,
157 - israelischen Parlamentsabgeordneten
158 - israelischen Kabinettsmitgliedern
159 einsetzt, welche der Umsetzung des IGH-
160 Gutachtens, einschließlich der sofortigen Be-
161 endigung der illegalen Besatzung sowie der
162 Zahlung von Reparationen, entgegenwirken.
163
- 164 • Sicherzustellen, dass die Bundesregie-
165 rung im EU-Rahmen an der Entwick-
166 lung eines Mechanismus mitwirkt, wel-
167 cher die Umsetzung von Schlussfolge-
168 rung Nr. 7 des IGH-Gutachtens zum Ziel
169 hat (*keine Hilfe oder Unterstützung bei
170 der Aufrechterhaltung der Situation zu
171 leisten, die durch die fortgesetzte Prä-
172 senz des Staates Israel in den besetz-
173 ten palästinensischen Gebieten entstan-*

- 174 *den ist*). Dies betrifft insbesondere den
175 Entzug jedweder politischen und wirt-
176 schaftlichen Unterstützung der Auf-
177 rechterhaltung der illegalen Besetzung
178 der palästinensischen Gebiete und um-
179 fasst damit auch hierfür notwendige
180 Embargos und Wirtschaftssanktionen.
- 181 • Da die 2019 durch den Bundestag ver-
182 abschiedete, nicht rechtsverbindliche
183 BDS-Resolution in der Praxis in weit-
184 gehendes behördliches Handeln um-
185 gesetzt wird, gilt es, diese an das
186 IGH-Gutachten anzupassen. Aufrufe zu
187 und Teilhabe an einem Boykott der
188 wirtschaftlichen Strukturen, welche die
189 Aufrechterhaltung der illegalen Besat-
190 zung der 1967 eroberten palästinensi-
191 schen Gebiete begünstigen, sind nach
192 dem IGH-Gutachten berechtigt. Diese
193 Anpassung darf ausdrücklich nicht das
194 israelische Staatsgebiet in den Grenzen
195 vom 4. Juni 1967 betreffen.
 - 196 • Sicherzustellen, dass, soweit das im Ein-
197 flussbereich von Mandats- und Amts-
198 träger*innen der SPD liegt, keine Flag-
199 gen von Staaten, von denen Regie-
200 rungsmitglieder qua internationalem
201 Haftbefehl des IStGH gesucht werden,
202 vor Parlaments- und Regierungsgebäu-
203 den der Kommunen, der Länder und des
204 Bundes gehisst werden.
 - 205 • Der die deutsche Bevölkerung und ihre
206 Debatten repräsentierende Bundestag
207 sollte zuerst Anhörungen von Sachver-
208 ständigen durchführen und deren Aus-
209 sagen würdigen, bevor er eine weite-
210 re Resolution zum Schutz jüdischen Le-
211 bens in Deutschland zu formulieren an-
212 strebt. Der Bundestag sollte davon ab-
213 sehen, diese Resolution auf nicht le-
214 gal bindenden Antisemitismusdefini-
215 tionen fußen zu lassen.

L11**Abteilung 6 Moabit-Nord****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Den Ausbau der Antidiskriminierungsberatung fortführen – den Koalitionsvertrag umsetzen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
2 glieder des Abgeordnetenhauses sowie
3 des Berliner Senats auf, sich gegenüber
4 der Bundesregierung dafür einzusetzen,
5 dass zur Fortführung des Förderprogramms
6 respekt*land die erforderlichen Gelder bereit-
7 gestellt werden. Dabei soll eine Aufstockung
8 der Mittel im Vergleich zum aktuellen Förder-
9 jahr das Ziel sein, da die Überführung in eine
10 Verstetigung erfahrungsgemäß mit höheren
11 Aufwänden einhergeht.

12 Die Bundesregierung hat im Koalitionsver-
13 trag festgeschrieben, dass sie „mit den Län-
14 dern [...] das Netzwerk zivilgesellschaftlicher
15 Beratungsstellen gegen Diskriminierung flä-
16 chendeckend ausbauen und nachhaltig fi-
17 nanzieren [will]“. Die Antidiskriminierungs-
18 stelle des Bundes (ADS) hat zu diesem Zweck
19 das Förderprogramm respekt*land aufgelegt,
20 über das seit zwei Jahren 36 Projekte finan-
21 ziert werden, durch die dieser Ausbau reali-
22 siert wird. Im Haushaltsentwurf für 2025 sind
23 bisher keine Gelder vorgesehen, um das zur
24 Verstetigung der Projekte vorgesehene dritte
25 Jahr zu finanzieren.

26

27 Begründung

28 „In Summe gibt es in Deutschland weniger als
29 100 Vollzeitpersonalstellen [in der Antidiskri-
30 minierungsberatung]. Das entspricht einem
31 Verhältnis von durchschnittlich einer Vollzeit-
32 berater*innenstelle bundesweit auf mehr als
33 900.000 Einwohner*innen. Die Versorgungs-
34 schlüssel sind in allen Bundesländern sehr
35 unterschiedlich: von circa 1 : 300.000 in Ber-
36 lin bis zu 1 : 1,8 Millionen in Bayern.“ So lau-
37 tet ein Ergebnis der von der Antidiskriminie-
38 rungsstelle des Bundes beauftragen Studie

39 „Gut beraten – Auf dem Weg zu einer flächen-
40 deckenden Antidiskriminierungsberatung in
41 Deutschland“ (2022). Es gibt damit aktuell ei-
42 ne große Versorgungslücke im Bereich Bera-
43 tung und Hilfe für von Diskriminierung Be-
44 troffene, während die faschistischen Kräfte in
45 Deutschland erstarken und sich die Situati-
46 on für marginalisierte Gruppen deutlich ver-
47 schärft – was sich auch in der Anzahl und
48 Schwere der gemeldeten Fälle von Diskrimi-
49 nierung deutlich zeigt.

50 „Alle Menschen in Deutschland sollen im
51 Diskriminierungsfall einen niedrighschwelli-
52 gen Zugang zu einem qualifizierten Unter-
53 stützungsangebot haben – unabhängig da-
54 von, wo sie leben, und unabhängig da-
55 von, in welchem Lebensbereich und auf-
56 grund welcher Gruppenzugehörigkeit bzw. -
57 zuschreibung sie Diskriminierung erleben.“
58 Diese Zielsetzung von respekt*land muss da-
59 mit auch Ziel der SPD sein. Die Förderung
60 muss fortgesetzt werden: Solidarität und Zu-
61 sammenhalt sind unsere wichtigsten Waffen
62 zur Bekämpfung des Faschismus!

L12**AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Maßnahmen zur Vermeidung von Zwangsräumungen und zum Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen in Berlin**

- 1 Die steigenden Mieten und der zunehmen-
- 2 de Wohnungsmangel in Berlin haben in den
- 3 letzten Jahren zu einem erheblichen An-
- 4 stieg der Zwangsräumungen geführt. Beson-
- 5 ders stark betroffen sind Alleinerziehende,
- 6 einkommensschwache Familien, Senior*in-
- 7 nen sowie Personen, die sich in prekären Be-
- 8 schäftigungsverhältnissen und Personen mit
- 9 gesundheitlichen Einschränkungen befinden.
- 10 Das Recht auf Wohnen, das durch interna-
- 11 tionale Abkommen wie den ICESCR und die
- 12 SDGs der Vereinten Nationen bekräftigt wird,
- 13 muss in Berlin konsequent geschützt werden.
- 14 Die Vorgaben seitens der UN, dass Politik so
- 15 ausgerichtet werden muss, dass es nicht zu
- 16 Zwangsräumungen kommt, werden in Ber-
- 17 lin aktuell nicht berücksichtigt. Daher fordern
- 18 wir die SPD-Abgeordneten des Abgeordne-
- 19 tenhauses und den Senat auf, folgende Maß-
- 20 nahmen zu prüfen und umzusetzen:
- 21
 1. Zwangsräumungen, bei denen vul-
 - 22 nerable Gruppen wie Alleinerziehende,
 - 23 Kinder, Senior*innen oder Menschen
 - 24 mit Behinderungen involviert sind,
 - 25 werden ausgesetzt, bis eine adäquate
 - 26 Unterbringung sichergestellt ist. Es
 - 27 werden gezielt Ressourcen bereitge-
 - 28 stellt, um diesen Personengruppen
 - 29 rechtzeitig Schutz zu bieten. Die Mit-
 - 30 nahme von Haustieren muss möglich
 - 31 sein.
 - 32 2. Vor der Einleitung einer Zwangsräu-
 - 33 mung wird ein verbindliches Mediatii-
 - 34 onsverfahren durchgeführt. Die Media-
 - 35 tion muss durch die zuständigen Ge-
 - 36 richte vorgeschrieben und von unab-

- 37 hängigen, qualifizierten Mediator*in-
38 nen begleitet werden.
- 39 3. Eine Winterschonfrist wird nach dem
40 französischem Model eingeführt, wo-
41 durch Zwangsräumungen zwischen
42 November bis März generell verhindert
43 werden. Es wird sichergestellt, dass
44 niemand während der kalten Jahreszeit
45 aufgrund einer Zwangsräumung ob-
46 dachlos wird. Das gilt insbesondere für
47 Alleinerziehende, einkommensschwache
48 Familien, Senior*innen, Personen in
49 prekären Beschäftigungsverhältnissen,
50 sowie Personen mit gesundheitlichen
51 Einschränkungen.
- 52 4. Nach einer Zwangsräumung werden
53 Mieterhöhungen für die nachfol-
54 genden Mieter*innen verboten, um
55 zu verhindern, dass Vermieter*in-
56 nen durch Zwangsräumungen von
57 steigenden Mieten profitieren.
- 58 5. Der allgemeine Kündigungsschut-
59 zes für Mieter*innen in Berlin wird
60 ausgeweitet. Bestehende Gesetze wer-
61 den verschärft und deren Einhaltung
62 strenger kontrolliert.
- 63 6. In allen Berliner Bezirken wird ein
64 zentrales, digitales Fachverfahren
65 eingeführt, um Räumungsklagen
66 und drohende Zwangsräumungen
67 systematisch zu erfassen und die Sozi-
68 albehörden in Echtzeit zu informieren.
- 69 7. Ein Frühwarnsystem wird erarbeitet,
70 um Mieter*innen bereits bei den ers-
71 ten Anzeichen von Mietrückständen
72 zu unterstützen. Vermieter*innen wer-
73 den verpflichtet, ihre Mieter*innen über
74 mögliche Hilfsstrukturen wie z.B. der
75 sozialen Wohnhilfe zu informieren und
76 durch das Anbieten der Informations-
77 übertragung bei Unterzeichnung einer
78 Datenschutzentbindung zu unterstüt-
79 zen.

80

81 Begründung

82 Die Vermeidung von Zwangsräumungen in

83 Berlin ist nicht nur eine Frage der sozia-
84 len Gerechtigkeit, sondern auch der Ver-
85 antwortung einer solidarischen Stadtgesell-
86 schaft. Der Verlust des Wohnraums trifft
87 die Schwächsten unserer Gesellschaft be-
88 sonders hart: Alleinerziehende, Senior*innen,
89 Menschen mit Behinderungen, einkommens-
90 schwache Familien und Menschen mit Er-
91 krankungen. Diese Gruppen stehen nicht nur
92 vor der Bedrohung der Obdachlosigkeit, son-
93 dern verlieren auch die Basis für ein stabiles
94 und menschenwürdiges Leben. Zwangsräu-
95 mungen verschärfen die soziale Ungleichheit
96 in unserer Stadt und eine wachsende Zahl
97 von Menschen wird noch weiter an den Rand
98 der Gesellschaft gedrängt. Die Einführung ei-
99 nes zentralen digitalen Fachverfahrens bie-
100 tet die Chance, diesen Entwicklungen entge-
101 genzutreten. Es erlaubt den Sozialbehörden,
102 in Echtzeit auf drohende Räumungen zu re-
103 agieren und präventive Maßnahmen frühzei-
104 tig zu ergreifen. Durch die verbesserte Zusam-
105 menarbeit zwischen Behörden, Sozialdiens-
106 ten und Vermieter*innen können individu-
107 elle Lösungsansätze schneller gefunden und
108 Härtefälle verhindert werden. Mediation als
109 verbindliches Element vor einer Zwangsräu-
110 mung ist nicht nur eine Möglichkeit, Konflik-
111 te zu entschärfen, sondern auch ein wichti-
112 ger Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusam-
113 menhalts. In Zeiten steigender Mieten ist es
114 essentiell, dass sowohl Mieter*innen als auch
115 Vermieter*innen in einem strukturierten Ver-
116 fahren nach tragfähigen Lösungen suchen,
117 bevor es zu extremen Maßnahmen wie Räu-
118 mungen kommt. Besonders vulnerable Grup-
119 pen benötigen jedoch weitreichende Unter-
120 stützung. Dabei ist es unerlässlich, dass Berlin
121 Zwangsräumungen aussetzt, solange keine
122 adäquate alternative Unterbringung sicher-
123 gestellt ist. Die Bereitstellung eines zentra-
124 len Wohnungspools ist hier ein entscheiden-
125 der Schritt, um schnelle und unbürokratische
126 Hilfe zu gewährleisten. Gleichzeitig muss die
127 Möglichkeit bestehen, Haustiere mitzuneh-
128 men, da diese für viele Menschen ein wich-

129 tiger Bestandteil ihres emotionalen und psy-
130 chischen Wohlbefindens sind. Darüber hin-
131 aus ist es aus humanitären Gründen unver-
132 zichtbar, Zwangsräumungen in den Winter-
133 monaten generell auszusetzen. Kein Mensch
134 darf in der kalten Jahreszeit obdachlos wer-
135 den. Das Verbot von Mieterhöhungen nach
136 Zwangsräumungen schützt nicht nur die Mie-
137 ter*innen, sondern sendet auch ein klares Si-
138 gnal an die Vermieter*innen, dass spekulative
139 Profite auf Kosten der Schwächsten in unserer
140 Gesellschaft keinen Platz haben. Die vorge-
141 schlagenen Maßnahmen schaffen nicht nur
142 Sicherheit und Stabilität für viele Berliner*in-
143 nen, sondern wirken auch langfristig kosten-
144 sparend, da sie die sozialen Folgekosten von
145 Obdachlosigkeit und Armut reduzieren. Ein
146 solidarisches Berlin kann sich keine Zwangs-
147 räumungen leisten!

L13**AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Maßnahmen zur statistischen Erfassung von Ablehnungen obdachloser Menschen in Notunterkünften und Todesfällen im Zusammenhang mit Obdachlosigkeit in Berlin**

1 Berlin steht vor einer wachsenden Herausfor-
2 derung durch die steigende Zahl obdachloser
3 Menschen. Besonders in den Wintermonaten
4 erreichen die Notunterkünfte regelmäßig ih-
5 re Kapazitätsgrenzen. Zudem sterben weiter-
6 hin Menschen auf den Straßen der Stadt in-
7 folge von Obdachlosigkeit. Um der Situati-
8 on besser begegnen zu können, sind präzi-
9 se Daten unerlässlich. Daher fordern wir die
10 SPD-Abgeordneten des Berliner Abgeordne-
11 tenhauses und den Senat auf, folgende Maß-
12 nahmen zu prüfen und und umzusetzen:

13 1. Alle Einrichtungen, die wohnungslo-
14 se Menschen betreuen und versorgen,
15 müssen Ablehnungen statistisch erfassen. Diese Erfassung dient der besseren
16 Planung und dem Monitoring der verfügbaren Kapazitäten, um Engpässe ad-
17 äquat zu identifizieren und zu adressieren.
18

21 2. Es muss eine kontinuierliche und trans-
22 parente Statistik geführt werden, die
23 dokumentiert, wie viele Menschen an
24 den Folgen von Obdachlosigkeit, ein-
25 schließlich Kältetod und anderen Ur-
26 sachen, verstorben sind. Diese Daten
27 müssen in Zusammenarbeit mit der
28 Gerichtsmedizin an den Senat gemel-
29 det und öffentlich zugänglich gemacht
30 werden.

31

32 Begründung

33 Die steigende Zahl obdachloser Menschen
34 in Berlin stellt das Hilfesystem vor immense
35 Herausforderungen. Besonders im Win-
36 ter sind Notunterkünfte häufig überfüllt,

37 was dazu führt, dass Menschen in akuten
38 Notsituationen abgewiesen werden. Diese
39 Ablehnungen bleiben jedoch weitgehend
40 undokumentiert, wodurch eine fundierte
41 Planung und bedarfsgerechte Weiterent-
42 wicklung der Angebote verzerrt wird. Die
43 systematische Erfassung solcher Ablehnun-
44 gen ist daher unerlässlich, um Engpässe
45 sichtbar zu machen und die Kapazitäten
46 entsprechend anzupassen. Gleichzeitig sind
47 Todesfälle im Zusammenhang mit Obdach-
48 losigkeit ein gravierendes humanitäres
49 Problem. Kältetod und andere Todesursachen
50 dürfen nicht unbemerkt bleiben. Derzeit
51 fehlen verlässliche, kontinuierliche Daten,
52 die das Ausmaß dieser Tragödie sichtbar
53 machen. Nur durch eine umfassende und
54 transparente Dokumentation können Maß-
55 nahmen getroffen werden, die Todesfälle
56 verhindern.

L14**AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Erhebung einer zweckgebundenen Sondernutzungsgebühren zur Förderung der Obdachlosenhilfe bei Großveranstaltungen**

1 Der Senat wird aufgefordert, sicherzustellen,
2 dass bei profitorientierten Großveranstaltungen,
3 die eine Räumung von öffentlichen Plätzen zur Folge haben, ein Anteil von 5 % der
4 Sondernutzungsgebühren, die die Veranstalter an die Bezirke entrichten müssen, für soziale
5 Projekte verwendet wird. Diese Mittel sollen in den Haushalt des Bezirks für Projekte
6 der Sozialen Wohnhilfe, Straßensozialarbeit sowie Präventionsarbeit eingestellt werden.
7 Zur Sicherstellung der Transparenz und Nachverfolgbarkeit wird ein eigener Haushaltstitel
8 geschaffen.

9 Die so eingestellten Mittel sind zweckgebunden für folgende Bereiche zu verwenden:

- 10 1. Bereitstellung langfristiger Wohnlösungen für obdachlose und wohnungslose Menschen.
- 11 2. Bau und Erhaltung von Notunterkünften, um die Versorgungskapazitäten zu stärken.
- 12 3. Unterstützung von Programmen zur sozialen Reintegration und Prävention von Obdachlosigkeit.

13

24 Begründung

25 Profitorientierte Großveranstaltungen in Berlin führen immer wieder zu temporären Räumungen von öffentlichen Plätzen, an denen sich häufig obdachlose Menschen niederlassen haben. Beispielsweise wurden zur Zeit der Austragung der Fußball EM verstärkt Obdachlose von ihren Schlafplätzen vertrieben. Es ist daher nur gerecht, dass ein Teil der durch diese Veranstaltungen erzielten Einnahmen zur Unterstützung derjenigen ver-

37 wendet wird, die von solchen Räumungen be-
38 troffen sind oder für die es kaum alternati-
39 ve Angebote gibt. Durch die zweckgebundene
40 Verwendung von 5 % der Sondernutzungsge-
41 bühren kann ein wertvoller Beitrag zur sozia-
42 len Wohnhilfe, Straßensozialarbeit und Prä-
43 vention von Obdachlosigkeit geleistet wer-
44 den.

L15**Arbeitsgemeinschaft für Bildung - SPD Berlin Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kein Abweichen von gebührenfreier Bildung in Berlin**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Se-
2 nat und im Berliner Abgeordnetenhaus wer-
3 den aufgefordert, sich weiterhin für das
4 Prinzip der „gebührenfreien Bildung“ ein-
5 zusetzen. Dies muss, im Rahmen der lau-
6 fenden Haushaltsverhandlungen und gege-
7 benfalls weiteren Verhandlungen mit Be-
8 zug Haushaltssanierung und Haushaltskon-
9 solidierung, für die SPD – Berlin ein nicht an-
10 zutastendes Prinzip bleiben. Eine Einführung
11 von einkommensabhängigen Beiträgen bzw.
12 Zuzahlungen wird abgelehnt.

13

14 Begründung

15 „...Deshalb halten wir am Grundprinzip der
16 gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur
17 Hochschule fest. Deshalb wird es weiter die
18 gebührenfreie BVG-Schülerfahrkarte, das ge-
19 bührenfreie Mittagessen in Grundschulen
20 und die Lernmittelbefreiung bis Klassenstufe
21 6 geben...“ (Auszug aus dem Wahlprogramm
22 der Berliner SPD für die laufende Legislatur-
23 periode).

24 Das Grundprinzip einer gebührenfreien Bil-
25 dung ist ein wesentliches Element, um ei-
26 ne Chancengleichheit für Kinder und Jugend-
27 liche für den Zugang zu Bildung herzustellen.
28 Die Ganztagsangebote im Bildungsbe-
29 reich sind Pfeiler eines gerechten Bildungsan-
30 gebotes.

- 31 • Jede Einführung einer von einkommensabhängigen Beiträgen Bildung erfordert im Bereich der Verwaltung zusätzliche Ressourcen (Antragstellung, Prüfung, Bescheiderstellung, Controlling).
- 32
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37 • Jede Einführung von einkommens-

- 38 abhängigen Beiträgen erfordert von
39 Eltern und Erziehungsberechtigten
40 zusätzliche Wege, um dann notwen-
41 digen bürokratischen Anforderungen
42 gerecht zu werden. Eine Offenlegung
43 der Einkommensverhältnisse, Lebens-
44 verhältnisse und deren Prüfung wird
45 notwendig.
- 46 • Insbesondere Familien, in der Folge die
47 Kinder und Jugendlichen, im Bereich
48 von Beitragsbemessungsschwellen, wer-
49 den deutlich benachteiligt, da der Griff
50 in die Haushaltskassen der Familien zu
51 ungerechten, zum Teil dann nicht finan-
52 zierbaren Belastungen führt.
 - 53 • Es entstehen, insbesondere bei den
54 dann notwendigen Beitragsbemessun-
55 gen, Schwellen, zusätzlichen Härtefäl-
56 le.
 - 57 • Insbesondere bei einkommensschwä-
58 cheren Familien und bei den Kindern
59 und Jugendlichen führt dies zu Situa-
60 tionen, die eine Teilhabe an dem An-
61 gebot ggf. sogar ausschließen. Die Fol-
62 ge ist Stigmatisierung und die Ausgren-
63 zung von Betroffenen und Kindern und
64 Jugendlichen „erster und zweiter Klas-
65 se“.
 - 66 • Einkommensabhängige Elemente sind
67 über Steuermittel zu garantieren, um
68 das Grundprinzip zu finanzieren. Steu-
69 ern und Gewinnabgaben sorgen für
70 eine angemessenen Beteiligung von
71 besser- und hochverdienenden Famili-
72 en.
- 73

L16**Abteilung 2 Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Keine Abweichen von gebührenfreier Bildung in Berlin**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Se-
2 nat und im Berliner Abgeordnetenhaus wer-
3 den aufgefordert, sich weiterhin für das
4 Prinzip der „gebührenfreien Bildung“ ein-
5 zusetzen. Dies muss, im Rahmen der lau-
6 fenden Haushaltsverhandlungen und gege-
7 benenfalls weiteren Verhandlungen mit Be-
8 zug Haushaltssanierung und Haushaltskon-
9 solidierung, für die SPD – Berlin ein nicht an-
10 zutastendes Prinzip bleiben. Eine Einführung
11 von einkommensabhängigen Beiträgen bzw.
12 Zuzahlungen wird abgelehnt.

13

14 Begründung

15 „...Deshalb halten wir am Grundprinzip der
16 gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur
17 Hochschule fest. Deshalb wird es weiter die
18 gebührenfreie BVG-Schülerfahrkarte, das ge-
19 bührenfreie Mittagessen in Grundschulen
20 und die Lernmittelbefreiung bis Klassenstufe
21 6 geben...“ (Auszug aus dem Wahlprogramm
22 der Berliner SPD für die laufende Legislatur-
23 periode).

24

25 Das Grundprinzip einer gebührenfreien Bil-
26 dung ist ein wesentliches Element, um ei-
27 ne Chancengleichheit für Kinder und Jugend-
28 liche für den Zugang zu Bildung herzustellen.
29 Die Ganztagsangebote im Bildungsbe-
30 reich sind Pfeiler eines gerechten Bildungsan-
31 gebotes.

- 32 • Jede Einführung einer von einkommensabhängigen Beiträgen Bildung erfordert im Bereich der Verwaltung zusätzliche Ressourcen (Antragstellung, Prüfung, Bescheiderstellung, Controlling).
- 33
- 34
- 35
- 36
- 37
- 38 • Jede Einführung von einkommens-

- 39 abhängigen Beiträgen erfordert von
40 Eltern und Erziehungsberechtigten
41 zusätzliche Wege, um dann notwen-
42 digen bürokratischen Anforderungen
43 gerecht zu werden. Eine Offenlegung
44 der Einkommensverhältnisse, Lebens-
45 verhältnisse und deren Prüfung wird
46 notwendig.
- 47 • Insbesondere Familien, in der Folge die
48 Kinder und Jugendlichen, im Bereich
49 von Beitragsbemessungsschwellen, wer-
50 den deutlich benachteiligt, da der Griff
51 in die Haushaltkassen der Familien zu
52 ungerechten, zum Teil dann nicht finan-
53 zierbaren Belastungen führt.
 - 54 • Es entstehen, insbesondere bei den
55 dann notwendigen Beitragsbemessun-
56 gen, Schwellen, zusätzlichen Härtefälle.
 - 57 • Insbesondere bei einkommensschwä-
58 cheren Familien und bei den Kindern
59 und Jugendlichen führt dies zu Situa-
60 tionen, die eine Teilhabe an dem An-
61 gebot ggf. sogar ausschließen. Die Fol-
62 ge ist Stigmatisierung und die Ausgren-
63 zung von Betroffenen und Kindern und
64 Jugendlichen „erster und zweiter Klas-
65 se“.
 - 66 • Einkommensabhängige Elemente sind
67 über Steuermittel zu garantieren, um
68 das Grundprinzip zu finanzieren. Steu-
69 ern und Gewinnabgaben sorgen für
70 eine angemessenen Beteiligung von
71 besser- und hochverdienenden Famili-
72 en.

L17**Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)- SPD Berlin****Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kein soziale Destabilisierung - Hände weg von freiwilligen Leistungen in den Bereichen sozialer Dienste, Arbeit und Soziales, Bildung und Angeboten der Jugendhilfe.**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Se-
2 nat und im Berliner Abgeordnetenhaus wer-
3 den aufgefordert, sich im Rahmen der bevor-
4 stehenden Auflösung der pauschalen Min-
5 derausgabe (PMA) für 2025 für Projekte und
6 Leistungen insbesondere in den Bereichen
7 Bildung, Arbeit und soziale Dienste einzuset-
8 zen. Handlungsleitend sind Beschlusslagen,
9 die sich aus dem Wahlprogramm und dem
10 Koalitionspapier ergeben.

11 Der Landesvorstand, insbesondere die Ver-
12 handlungsführer im Koalitionsausschuss,
13 werden im Rahmen der Koalitionsverhand-
14 lungen zur Haushaltskonsolidierung insbe-
15 sondere zum Schutz von Zuwendungstiteln
16 aufgefordert.

17 Bei der Beratung der bezirklichen Haushalte
18 werden die Mitglieder der sozialdemokrati-
19 schen Fraktionen in den Bezirksverordneten-
20 versammlungen aufgefordert sich dafür ein-
21 setzen, dass trotz des noch zu erbringenden
22 Beitrags zur PMA, freiwillige soziale Leistun-
23 gen innerhalb der Bezirke erhalten bleiben.

24 Mit allen Möglichkeiten ist dem entgegen-
25 zuwirken, dass, auf Grund der Haushalts-
26 sperre und den sich ggf. notwendigen weite-
27 ren Beratungsnotwendigkeiten, die sich erge-
28 benden Verwaltungs- und Beantragungsver-
29 fahren Situationen erzeugen, die eine Finan-
30 zierung, bzw. Fortführung zum 01.01.2025 in
31 Frage stellen. Eine „kalte“ Beendigung, oder
32 Verzögerung von Zuwendungsprojekten, die
33 prioritär fortgeführt werden, muss unterblei-
34 ben.

35

36 **Begründung**

37 Begründung

38 Eine Vielzahl von Leistungen im Land und in
39 den Bezirken basieren auf Zuwendungspro-
40 jekten, durchgeführt durch freie Träger und
41 Dienstleister, mit und ohne Drittmittelfinan-
42 zierungen, die eine Infrastruktur in den Be-
43 reichen Bildung, Arbeit und Soziales sicher-
44 stellen. Diese Leistungen sichern und ergän-
45 zen ebenfalls die Wahrnehmung und Wirk-
46 samkeit der Pflichtaufgaben in diesen Berei-
47 chen.

48 Diese Zuwendungsprojekte agieren Förder-
49 rechtlich auf Basis zeitlich befristeter Antrag-
50 stellungen und der Bewilligung. Eine Viel-
51 zahl dieser Projekte laufen zum 31.12.2025 aus.
52 Belastbare Aussagen mit Bezug Fortführung
53 oder Einstellung sind derzeit nicht möglich
54 und oder werden nicht gemacht.

55 Fortführungen bedürfen belastbarer Bewilli-
56 gungen. Nur dadurch können Zuwendungen
57 ausgezahlt werden. Leistungen stehen in Ab-
58 hängigkeit von Personal und ggf. Räumen. Ar-
59 beitsverträge und Mietverträge sind / werden
60 notwendig. Somit stehen nicht nur die Leis-
61 tungen dieser Angebote in Frage. Es geht hier
62 ebenfalls um Arbeitsverträge und die Exis-
63 tenz von einer nicht unerheblichen Anzahl
64 von Träger.

65 Eine auf diesem Weg erreichte Ausdünnung
66 der Trägerlandschaft in Berlin hätte weitrei-
67 chende und langfristige Folgen auf die Leis-
68 tungsfähigkeit einer ganzen Branche und auf
69 wahrzunehmende Pflichtaufgaben.

L18

Abteilung 4 Luisenstadt

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Integration in den Arbeitsmarkt vorantreiben, Finanzierung der Berufssprachkurse sicherstellen

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Se-
2 nats und des Bundestages setzen sich für ei-
3 ne auskömmliche Finanzierung der Berufs-
4 sprachkurse über BAMF und Agentur für Ar-
5 beit ein, um Initiativen wie den Jobturbo wei-
6 ter zu unterstützen.

7

8 **Begründung**

9 Ankündigung umfassender Kürzungen auf
10 ein Fünftel der bisherigen Ausstattung.

L19**SPD Frauen Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Unterstützung der Beschäftigten in den landeseigenen Kitas**

- 1 1. Die sozialdemokratischen Mitglieder
2 des Berliner Abgeordnetenhauses wer-
3 den aufgefordert, sich solidarisch mit
4 den streikenden Erzieher*innen und
5 Beschäftigten in den landeseigenen Ki-
6 tas zu erklären und deren Forderungen
7 nach besseren Arbeitsbedingungen zu
8 unterstützen.
- 9 2. Wir fordern die sozialdemokratischen
10 Mitglieder des Berliner Senats auf, die
11 berechtigten Anliegen der Gewerk-
12 schaft Verdi ernst zu nehmen und sich
13 konstruktiv an die Verhandlungstische
14 zu begeben. Der Senat soll sich ins-
15 besondere für folgende Forderungen
16 einsetzen:
 - 17 • Reduzierung der Gruppengrößen
18 in Kitas, um eine qualitativ hoch-
19 wertige Betreuung der Kinder si-
20 cherzustellen.
 - 21 • Einen angemessenen Ausgleich
22 für die wachsenden Belastungen
23 des pädagogischen Personals.
 - 24 • Anerkennung der spezifischen
25 Belastungen des Kita-Personals
26 durch einen eigenständigen Ta-
27 rifvertrag, der die Anforderungen
28 der Praxis in den Berliner Kitas
29 berücksichtigt.

31 Begründung

32 Die Arbeitssituation in den landeseigenen Ki-
33 tas hat sich in den letzten Jahren massiv ver-
34 schlechert. Die Erzieher*innen stehen unter
35 einem enormen Druck, der durch überfüll-
36 te Gruppen und fehlenden Personalausgleich
37 entsteht. Dies wirkt sich nicht nur auf das
38 pädagogische Personal aus, sondern auch auf

39 die Kinder und ihre Familien.
40 Die Forderungen von Verdi nach besseren Ar-
41 beitsbedingungen, einem fairen Belastungs-
42 ausgleich und einer Anerkennung der spezi-
43 fischen Herausforderungen der Erzieherinnen
44 sind gerechtfertigt und notwendig. Es ist die
45 Aufgabe der SPD, sich klar auf die Seite der Ar-
46 beitnehmer*innen zu stellen und den Druck
47 auf den Senat zu erhöhen, um nachhaltige Lö-
48 sungen zu schaffen.
49 Die Ablehnung von Tarifverhandlungen sei-
50 tens des Berliner Senats unter Verweis auf die
51 Tarifgemeinschaft der Länder ist nicht halt-
52 bar. Berlin als Großstadt mit einer wachsen-
53 den Bevölkerung und zunehmenden sozialen
54 Herausforderungen benötigt spezifische Lö-
55 sungen, die auf die lokalen Bedingungen zu-
56 geschnitten sind. Ein eigener Tarifvertrag für
57 das Kita-Personal in Berlin ist daher unerläs-
58 slich.
59 Die SPD sollte sich aktiv für eine Verbesserung
60 der Arbeitsbedingungen in den Kitas einset-
61 zen und den Streik der Beschäftigten öffent-
62 lich unterstützen.

L20**SPD Frauen Mitte****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Die Verantwortung der Alleinerziehenden bedeutet alleinerziehend bis 27 und nicht bis 18**

1 Wir fordern die Angleichung des Anspruchs
2 auf Unterhaltsvorschuss an die Unterhalts-
3 pflicht. Der Unterhaltsvorschuss ist bis zur
4 Vollendung des 27. Lebensjahrs oder der
5 ersten berufsqualifizierenden Ausbildung zu
6 entrichten.

7

8 Begründung

9 Immer noch gilt jemand nur dann als allein-
10 erziehend, wenn ein oder mehrere Kinder im
11 Haushalt unter 18 Jahre alt sind. Immerhin ist
12 man bis zum 27. Lebensjahr für sein Kind un-
13 terhaltungspflichtig.

14 Wer alleinerzieht, bekommt zum Beispiel nur
15 bis zum 18. Lebensjahr Unterhaltsvorschuss,
16 obwohl man bis zum 27. Lebensjahr verant-
17 wortlich für das Kind und unterhaltungspflichtig
18 sein kann. Nämlich so lange, wie längstens
19 das Kindergeld gezahlt wird. Daher muss der
20 Begriff „Alleinerziehend“ bis zum 27. Lebens-
21 jahr eines Kindes ausgedehnt und entspre-
22 chende Leistungen angepasst werden.

23 Oft trifft es alleinerziehende Frauen mit vol-
24 ler Wucht, wenn zum 18-ten Geburtstag des
25 Kindes vom Jugendamt die Nachricht kommt,
26 dass der Unterhaltsvorschuss nach der Voll-
27 endung des 18. Lebensjahrs nun wegfällt. Al-
28 leinerziehende sind dann vollständig allein
29 für die Kinder zuständig, obwohl der An-
30 spruch auf Unterhalt bis zum 27. Lebensjahr
31 anhält. Das kann man beim besten Willen
32 nicht verstehen.

L21**Abteilung 1 Rosenthaler Vorstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Daseinsvorsorge nach Bedarf bei Krankenhausleistungen**

1 Die KDV Mitte, der Landesparteitag Berlin
2 und der Bundesparteitag der SPD mögen
3 auch zwecks Aufnahme in zukünftige Wahl-
4 programme beschließen:

5 Die Mitglieder der Bundestagsfraktion der
6 SPD werden aufgefordert, die Vorausset-
7 zungen dafür zu schaffen, dass sich das
8 Vergütungsinteresse des Krankenhausträ-
9 gers für einen Krankenhausaufenthalt am
10 tatsächlichen Behandlungsbedarf ausrichtet
11 und nicht an möglichst häufiger und intensi-
12 ver Krankenhausbehandlung, wie dies durch
13 das jetzige Fallpauschalen-System gefördert
14 wird.

15

16 Begründung

17 Die im Entwurf für das Krankenhausver-
18 sorgungverbesserungsgesetz (KHVVG) ent-
19 haltenen Regelungen, etwa die Einführung
20 von Vorhaltepauschalen, sind zu unterstüt-
21 zen und sollten nicht verwässert werden. Sie
22 sind ein Schritt in Richtung notwendiger Ver-
23 änderung bei der Krankenhausfinanzierung.
24 Denn allein der Abgleich der hiesigen Kran-
25 kenhausbehandlung mit dem EU-Zahlen mit
26 ähnlich alt werdender Bevölkerung bringt
27 für Deutschland eine erschreckende Überbe-
28 handlung ohne positiven Effekt für die Ge-
29 sundheit der Bevölkerung hervor. Hierzulan-
30 de gibt es 5,82 Krankenhausbetten pro 1.000
31 Personen. Im europäischen Durchschnitt sind
32 es 4,2 Krankenhausbetten pro 1.000. Hier-
33 zulande werden jährlich 190 Operationen je
34 1.000 Personen an vollstationär aufgenom-
35 menen Patientinnen und Patienten durchge-
36 führt. Im EU-Durchschnitt sind es 120 OPs auf
37 1.000 Personen, all dies ohne Nachweis et-

38 wa besserer Behandlungsergebnisse hierzu-
39 lande. Eine Studie des Intensivmediziners Ka-
40 raganides brachte zuletzt hervor, dass 59 %
41 der über 80-Jährigen beatmet sterben. Ins-
42 gesamt wurden am Ende ihres Lebens 10 %
43 der im Krankenhaus Verstorbenen beatmet.
44 Die Autoren führen diese im internationa-
45 len Vergleich zu Ländern mit ähnlicher Al-
46 tersstruktur und gleichen Behandlungsmög-
47 lichkeiten bis zu 5-fach höheren Beatmungs-
48 zahlen auf das bloße finanzielle Interesse
49 der Krankenhausträger an der Durchführung
50 gutvergüteter Beatmung zurück. Die Berichte
51 von überflüssigen Hüft-OPs, zu vielen Stents
52 für die Erweiterung der Blutgefäße, fragwür-
53 digen Kniespiegelungen und Rücken-OPs sind
54 bekannt.

55 Damit sich Krankenhäuser hierzulande von
56 auskömmlich bis hoch profitabel finanzieren
57 können, besteht in jeder Klinik hoher Druck
58 insbesondere auf ärztliches Personal, mög-
59 lichst viele Leistungen, also Untersuchungen
60 und OP-Eingriffe auszuführen und dabei Pa-
61 tientinnen und Patienten möglichst krank er-
62 scheinen zu lassen, um einerseits eine gro-
63 ße Menge an abrechenbaren Eingriffen und
64 Untersuchungen zu generieren und ande-
65 rerseits aufgrund möglichst schwer erschei-
66 nender Erkrankung den dann hierdurch hö-
67 heren Aufwand höher vergütet zu bekom-
68 men. Bei manch einem Krankheitsbild wird
69 die Krankenhausbehandlung gleich in mehre-
70 re Eingriffe aufgeteilt, für die jedes Mal eine
71 Aufnahme im Krankenhaus erfolgt, obwohl
72 das Krankheitsbild mit einem einzigen Kran-
73 kenhausaufenthalt behandelt werden könn-
74 te und jeder Eingriff Risiken mit sich bringt.
75 Einziger Grund für diese Abläufe ist das In-
76 teresse des Krankenhausträgers, aus jedem
77 Krankheitsbild möglichst hohe Einnahmen
78 und am besten gleich mehrfach zu generie-
79 ren. Und wer diese Abläufe mal hinterfragt,
80 wird diesen Entgeltanreiz bei offen sprechen-
81 dem Krankenhauspersonal bestätigt bekom-
82 men.

83 Das führt inzwischen auch dazu, dass schwer

84 erkrankte, altersschwache Menschen am En-
85 de ihres Lebens vielfachen Eingriffen ausge-
86 setzt sind, für alle Patienten die Eingriffs-
87 schwelle immer weiter absinkt, ohne dass für
88 jeden einzelnen Eingriff noch ein Patienten-
89 nutzen nachweisbar wäre. Es wird im Kran-
90 kenhaus schneller als notwendig operiert/be-
91 handelt, weil es vorrangig Geld einbringt und
92 die Besserung von Krankheitsverläufen gera-
93 de bei vielfach Erkrankten einen nachgeord-
94 neten Stellenwert hat.

95 Unnötige Behandlung ist nicht nur risiko-
96 behaftet, sondern führt wiederum zu aus-
97 uferndem Pflegeaufwand beim Pflegeperso-
98 nal, das ja nach jedem Eingriff, nach jeder Un-
99 tersuchung den dafür anfallenden Pflegeauf-
100 wand stemmen muss und das aufgrund Per-
101 sonalmangels häufig überarbeitet ist. Das hat
102 nicht nur einen Pflegenotstand in Kranken-
103 häusern zur Folge, den es ohne diese Eingriffs-
104 häufigkeit nicht gäbe, sondern mit jedem Ein-
105 griff ohne Patientennutzen sinkt auch die
106 Motivation für das Pflegepersonal, das auch
107 ohne ärztliches Wissen die Nutzlosigkeit von
108 manch Eingriff und den damit kreierten, zum
109 Teil hohen Pflegeaufwand zu erkennen ver-
110 mag.

111 Der Fehlanreiz, möglichst viele Eingriffe
112 durchzuführen, führt im Übrigen auch dazu,
113 dass Kliniken Krankheitsfälle übernehmen,
114 denen hierfür Expertise und Ausstattung
115 nach den neuesten Standards für so eine
116 Behandlung schlicht fehlt. Wer schwer er-
117 krankt ist und sich noch entscheiden kann,
118 sollte keinesfalls die nächste Klinik, sondern
119 ein ausreichend spezialisiertes Haus auf-
120 suchen, das viele solcher Fälle behandelt.
121 Der mit einer potentiellen Fehlbehandlung
122 einhergehende Nachbehandlungsaufwand
123 führt zu viel Leid, hohen Kosten und ebenso
124 ausuferndem Pflegeaufwand.

125 Würden derzeit nur noch wirklich statio-
126 när behandlungsbedürftige Menschen im
127 hierfür jeweils kompetenten Krankenhaus
128 behandelt, könnten etwa 1/3 aller vollstatio-
129 nären Krankenhausbehandlungen entfallen.

130 Der vielfach beklagte Pflegenotstand im
131 Krankenhaus wäre beendet. Und behand-
132 lungsbedürftig sind die Krankheitsfälle, bei
133 denen eine Besserung des Krankheitslei-
134 dens durch die Krankenhausbehandlung
135 zu erwarten ist. Zusätzlich ermöglicht die
136 medizinische Entwicklung schon heute eine
137 immer bessere ambulante Versorgung.
138 Dies wird mit einer Krankenhausfinanzierung
139 erreicht, die den tatsächlichen Behandlungs-
140 bedarf honoriert und gerade nicht finansi-
141 ell fördert, Menschen möglichst krank und
142 vielfältig sowie häufig behandlungsbedürf-
143 tig erscheinen zu lassen. Die Ampelregierung
144 hat sich dieser gefährlichen Entwicklung nun
145 angenommen. Mit diesem Antrag soll dem
146 von manch Landesregierung noch beanstan-
147 deten Veränderungsbedarf Nachdruck verlie-
148 hen werden, die durch das Fallpauschalensys-
149 tem entstandenen Fehlanreize bei der Vergü-
150 tung von Krankenhausbehandlung zurückzu-
151 drängen.

L22**Abteilung 10 Schillerpark und Abteilung 23 Rehberge****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Bessere Sicherungsmaßnahmen für die U-Bahntunnel in Berlin - Jetzt!**

1 Die KDV-Mitte und der Landesparteitag möge
2 die SPD-Fraktion und die SPD-Mitglieder des
3 Senats auffordern, sich bei der BVG für die Fi-
4 nanzierung und Pilotierung eines Sicherheits-
5 konzepts für U-Bahntunnel einzusetzen, das
6 unter anderem folgende Bausteine enthält:

- 7 • Identifizierung und Umsetzung von Si-
8 cherungsmaßnahmen, die ein unbefugtes Betreten von U-Bahntunneln erschweren (z.B. durch Sensortechnik)
- 9 • Verstärkung des physischen Schutzes
10 der Kabelsysteme durch zusätzliche
11 Schutzabdeckungen und Brandschutz-
12 maßnahmen sowie Ausweitung der
13 Videoüberwachung in sensiblen Berei-
14 chen des U-Bahntunnelsystems
- 15 • Pilotierung der genannten Maßnah-
16 men auf Streckenabschnitten mit ho-
17 hem Handlungsdruck bspw. durch Häu-
18 fung unbefugter Zutritte oder Krimina-
19 litätsbelastung (U6 im Wedding, U8 in
20 Neukölln, usw.)
- 21 • Erhöhte präventive Bereitstellung
22 von wichtigen Ersatzbauteilen zur
23 Erhöhung der Resilienz öffentli-
24 cher Infrastruktur im Havarie- oder
25 Vandalismus-Fall (z.B. Kabel, Bauteile
26 der Sicherungstechnik)

27 -
28 -
29 -
30 -

31 Begründung

32 Kabeldiebstähle und Kabelbrände haben in
33 jüngerer Vergangenheit mehrfach zu län-
34 geren Ausfällen der öffentlichen Bahninfra-
35 struktur in Berlin geführt. Ein besonders
36 schwerwiegender Fall war der mehrmonatige
37 Ausfall der U6 in Berlin-Wedding. Die Belas-

38 tung für die Menschen auf ihren Alltagswe-
39 gen ist immens, ebenso die volkswirtschaftli-
40 chen Kosten.

41 Die bereitgestellten Ersatzverkehre sind qua-
42 litativ und quantitativ nicht ausreichend.
43 Insbesondere mobilitätseingeschränkte Fahr-
44 gäste werden durch überfüllte Ersatzbusse
45 oder unzureichende Barrierefreiheit der Er-
46 satzangebote eingeschränkt.

47 Aus diesem Grund fordern wir Präventivmaß-
48 nahmen, um den Bürger*innen des Weddings
49 einen reibungslosen Betriebsverkehr der U6
50 zu garantieren. In den U-Bahntunneln sollte
51 der Eintritt erschwert und stärker überwacht
52 werden. Nicht nur ist der Aufenthalt im Tun-
53 nel lebensgefährlich, sondern behindert auch
54 den Betrieb der U6.

55 Darüber hinaus führen die Schäden zu hohen
56 Kosten und verhindern den Verkehr der um-
57 weltfreundlichen U-Bahn. Aus diesem Grund
58 muss das Eindringen verhindert und die da-
59 nach folgende Aufklärung solcher Vorfälle
60 verbessert werden.

L23**Abteilung 4 Luisenstadt****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Radwegführungen verbessern, Kollisionen und Konflikte auf Kreuzungen vermeiden**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus und des Senats setzen sich
2 dafür ein, die Leitlinien der Verkehrslenkung
3 Berlin hinsichtlich der Radwegmarkierungen
4 auf Kreuzungen derart zu ändern, dass der
5 Radverkehr nicht scheinbar obligatorisch auf
6 den Radstreifen auf dem Gehweg geleitet
7 wird.
8

9

10 Begründung

11 Zum großen Teil sind die Radstreifen auf
12 den Gehwegen Berlins in einem schlechten
13 Zustand, sodass sie nicht durch ein blaues
14 Radweg-Verkehrsschild gekennzeichnet sind.
15 Eine Pflicht, Radwege in der jeweiligen Fahr-
16 richtung zu benutzen, besteht nur, wenn dies
17 durch Zeichen 237, 240 oder 241 angeordnet
18 ist.“ (StVO § 2 Abs. 4 S. 2 StVO.). Eine Mehrheit
19 der Radfahrerinnen und Radfahrer entschei-
20 det sich aufgrund der holprigen Gewege für
21 die bessere und oftmals sicherere Fahrbahn.
22 Viele Autofahrer sind von der augenschein-
23 lich falschen Nutzung der Fahrbahn irritiert.
24 Dichtes Überholen, Hupen, Beschimpfungen
25 und mehr sind vermeidbare Alltagsszenen,
26 die eine angespannte Atmosphäre zwischen
27 den Verkehrsträgern unnötig aufheizen.

L24**Abteilung 2 Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Mobilität darf kein Privileg werden**

1 Wir fordern eine monetäre Bezuschussung
2 des Führerschein B für alle Jugendlichen. Dar-
3 über hinaus fordern wir die Einführung ei-
4 ner Expert*innenkommission, die – ggf. mit
5 der Unterstützung des Verbraucherschutzes -
6 die immens gestiegenen Kosten für den Füh-
7 rerschein hinterfragt und sich dafür einsetzt,
8 diese auf ein begründetes Maß anzupassen.

9

10 Begründung

11 Begründung Deutschland ist ein Autoland.
12 Mit 49,1 Millionen PKWs auf den Straßen ist
13 das Auto weiterhin unser wichtigstes Mo-
14 bilitätsfahrzeug und unabdingbar für Fami-
15 lien, Handwerkende, Menschen mit Mobili-
16 tätseinschränkungen und ist ein nicht wegzu-
17 denkender Bestandteil unseres gesellschaftli-
18 chen Zusammenlebens. Knapp 3.5 Millionen
19 Deutsche bis zum Alter von 24 Jahren haben
20 einen PKW-Führerschein. Aus dem Grund-
21 recht Mobilität hat sich in den letzten Jah-
22 ren ein immer teurer werdendes Privileg ent-
23 wickelt, was unsere Gesellschaft weiter spal-
24 tet. Während ein Führerschein im Jahr 2010
25 ca. 1.400 € kostete, liegen die Kosten heute
26 bei bis zu 4.500 €. Laut Statistischem Bun-
27 desamt sind die Preise für den allein 2023
28 um 7,6 % gegenüber 2022 gestiegen. 16-18-
29 Jährige haben durchschnittlich zwischen 172
30 € und 218 € monatlich zur Verfügung - die
31 Kosten für den Führerschein sind mit die-
32 sem verfügbaren Geld nicht mehr ansatzwei-
33 se zu stemmen. Diese Entwicklung führt da-
34 zu, dass die Möglichkeit, einen Führerschein
35 zu machen, vornehmlich Jugendlichen aus
36 wohlhabenden Familien vorbehalten ist und
37 zur weiteren Spaltung der Gesellschaft be-
38 trägt. Der Preis eines Führerscheins setzt sich

39 aus verschiedenen Komponenten zusammen
40 (Fahrstunden, Verwaltungskosten, Lehrmate-
41 rialien, TÜV/Dekra, Erste- Hilfe-Kurs, Sehtest,
42 etc.). Auch wenn die Fahrstunden den höchst-
43 ten Anteil darstellen, gilt es zu prüfen, an wel-
44 cher Stelle Kosten gesenkt werden können,
45 unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeits-
46 kriterien. Unter anderem aufgrund der Kom-
47 plexität in der Zusammensetzung des Preises
48 für einen Führerschein und die verschiede-
49 nen Stellschrauben, um die Kosten zu senken,
50 schlagen wir die Einführung einer Expert*in-
51 nenkommission vor. Wir brauchen einen star-
52 ken ÖPNV und eine nachhaltigere Mobilitäts-
53 politik von morgen. Gleichzeitig müssen Ju-
54 gendliche weiterhin die Möglichkeit haben,
55 mobil zu sein, insbesondere im ländlichen
56 Raum. Als Sozialdemokratinnen und Sozial-
57 demokraten muss es unsere oberste Priorität
58 sein, Chancengleichheit in uneingeschränk-
59 ter Mobilität zu gewährleisten unabhängig
60 des Wohnortes oder Einkommens. Ein KFZ-
61 Führerschein ist v.a. außerhalb der urbanen
62 Zentren in diesem Land weiterhin unabding-
63 bar. Da es auch zahlreiche Berufe innerhalb
64 der Städte gibt, für die ein Führerschein Vor-
65 aussetzung ist, sollte die Unterstützung für
66 alle gelten. Mit Blick auf den steigenden Fach-
67 kräftemangel wird sich dieser Bedarf noch
68 weiter verschärfen.

L25**AK Klimapolitik****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Zeit, dass Berlin nicht mehr dreckig ist - Umweltfreundliches Verhalten endlich belohnen**

1 Die SPD-Mitglieder des Abgeordnetenhauses
2 und des Senats sollen sich dafür einsetzen,
3 dass:

4

5 • Umweltfreundliches Verhalten nach
6 dem Vorbild des Pilotprojektes "Copen-
7 Pay" finanziell belohnt wird

8

9 • Ein entsprechendes Pilotprojekt ent-
10 wickelt und nötige Haushaltsgelder
11 freigegeben werden, um den Bürgern
12 finanzielle Vorteile für freiwilliges
13 Müllsammeln in Parks, Gewässern oder
14 Straßen zu ermöglichen

15

16 • Für das Sammeln von Müll im Land-
17 wehrkanal sollen Kanus kostenlos an
18 Sammelpunkten ausgeliehen werden
19 können

20

21 • Schulen eine neue öffentliche Auszeich-
22 nung oder Prämie ausgestellt wird, die
23 regelmäßig Müll im Kiez sammeln

24

25 Begründung

26 Berlin leidet seit Jahren an Müll- und Umwelt-
27 problemen. Die BSR kommt der Verschmut-
28 zung der Stadt nicht hinterher. Daher braucht
29 es mehr bürgerliches Engagement, um die
30 Stadt sauber zu halten. Dies kann nur bei ent-
31 sprechenden öffentlichen Anreizen langfris-
32 tig erwartbar sein.

33 Studien zeigen, dass zwischen dem Wunsch,
34 nachhaltig zu handeln und der Umsetzung
35 meist noch ein weiter Schritt liegt. Während
36 82 Prozent der Menschen angeben, sich kli-
37 mafreundlich verhalten zu wollen, schaffen
38 es nur 22 Prozent, ihr Verhalten tatsächlich zu

39 ändern (Quelle: Kantar, Sustainability Index
40 2023).
41 Aus diesem Grund fordern wir als AK Klima-
42 politik der SPD Berlin-Mitte die Politik zum
43 entsprechenden Handeln auf. Berlin hat es
44 endlich verdient eine saubere Stadt zu sein.
45

L26**Abteilung 2 Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Hitzesanieerung in der Platte: Hitzeaktionsplan (HAP) auch sozial denken**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus
2 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass im Hitzeaktionsplan
3 (HAP) der Stadt Berlin

- 4 • Plattenbauten und ihre besonderen Herausforderungen gesonderte Berücksichtigung und Mittel finden und
- 5 • nicht nur aus gesundheitlichen Gesichtspunkten, sondern auch aus Gesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit etwaige Empfehlungen ausgesprochen werden

6 Die sozialdemokratischen Mitglieder der BVV Berlin-Mitte und des Stadtrats werden aufgefordert:

- 7 • Einbestellung und Befragung der Geschäftsführer der WBM Berlin-Mitte und anderer staatlicher Wohnungsgesellschaften mit Plattenbauten im Bestand zu Plänen der Hitzesanieerung
- 8 • Teilnahme an Bundesprojekten zur hitzegerechten Stadt

9 Die Vorstandsmitglieder der SPD Berlin-Mitte werden aufgefordert:

- 10 • Zielgerichtete Koordinierung der SPD Berlin-Mitte mit anderen Bezirken mit hohen Plattenbauten-Anteilen (Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow) für die Entwicklung einer eigenen Plattenbau-Offensive für die SPD Berlin, mit entsprechendem Antrag für den nächsten Landesparteitag
- 11 • Koordinierung mit anderen Institutionen (Mieterat, Mieterbeiräte) zur verbesserten Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung, und

39 Mieter*inneninteressen

40

41 **Begründung**

42 Berliner Sommer werden aufgrund des Kli-
43 mawandels immer heißer, und viele Berliner
44 Wohnungen sind darauf nicht vorbereitet.
45 Insbesondere im Bezirk Mitte werden über-
46 durchschnittlich viele Tropennächte (Nächte
47 mit einer Durchschnittstemperatur von 20°C
48 und mehr) gemessen.

49 Die Stadt Berlin arbeitet derzeit an einem
50 landesweiten Hitzeaktionsplan, unter Feder-
51 führung der Senatsverwaltung Wissenschaft,
52 Bildung, Gesundheit. 2025 soll dieser verab-
53 schiedet werden, mit Fokus auf die gesund-
54 heitspolitischen Aspekte eines solchen Plans.
55 Die gesundheitlichen Dimensionen eines sol-
56 chen Aktionsplans sind ein erster wichtiger
57 Schritt, um die Belastung, die durch die klima-
58 bedingten Hitzesommer entstehen, zu erfassen - insbesondere bei den hilfsbedürftigsten
59 Mitgliedern der Gesellschaft.
60

61 Die Berücksichtigung anderer Dimensionen
62 als allein der gesundheitlichen in den Pla-
63 nungen und Empfehlungen des HAP sollte al-
64 lerdings der SPD ein großes Anliegen sein.
65 Hitzesanierungen für anfällige Wohnungen
66 sollten in einem sozial ausgewogenen, nicht
67 auf Mietsteigerungen hinauslaufenden Pro-
68 zess gewährleistet werden.

69 Insbesondere in Plattenbauten ist die Hitze-
70 belastung ein entscheidender Faktor in der
71 Lebensqualität. In Plattenbauten ist der Al-
72 tersdurchschnitt höher, die städtische Ver-
73 dichtung stärker, und die soziale Absicherung
74 schwächer als in anderen Gebäudearten, wo-
75 mit die Hitze auch ein demographisches und
76 soziales Problem darstellt. Die subjektive Hit-
77 zewahrnehmung in Plattenbauten, insbeson-
78 dere an versiegelten Flächen wie dem Alex-
79 anderplatz, ist noch mal höher als die gemes-
80 senen Temperaturen, die Bausubstanz heizt
81 sich auf und hält die Hitze in die Nacht hinein.
82 Aufgrund der Konstruktion der meisten Plat-
83 tenbauten ist ein oft empfohlenes Mittel - das
84 nächtliche Querlüften - nicht möglich: viele

85 Wohnungen haben lediglich Fenster auf einer
86 Gebäudeseite, und oft keine Balkone. Allein
87 das Lüften mit offener Wohnungstür erlaubt
88 das Querlüften. Allerdings ist die Notwendig-
89 keit, Türen zum Hausflur offenzuhalten, ein
90 Sicherheits- und Privatsphärenrisiko, das den
91 Bewohner*innen nicht über Nacht zuzumu-
92 ten ist.

93 Zugleich ist eine Umlage möglicher aufwän-
94 diger Methoden der Hitzesaniierung auf die
95 Miete ein Risiko für die finanzielle Sicherheit
96 vieler Mieter*innen in Plattenbauten. Dane-
97 ben wächst die Zahl derjenigen Plattenbau-
98 ten, die unter Denkmalschutz gestellt werden
99 (etwa das Nikolaiviertel), womit etwaige Re-
100 novierungen und Sanierungen noch kosten-
101 intensiver werden dürften. Diese Kosten wer-
102 den, ohne politische Strategie, auf die Mie-
103 ter*innen zukommen.

104 In Mitte fehlt es derzeit an politischem und
105 verwalterischem Problembewusstsein oder
106 Willen, diese Probleme zu beheben. So ver-
107 weist die WBM in ihrem Nachhaltigkeitsbe-
108 richt an keiner Stelle auf die klimatischen Her-
109 ausforderungen einer immer heißer werden-
110 den Stadt - wobei zahlreiche, vergleichswei-
111 se kostengünstige Sofortmaßnahmen mög-
112 lich sind.

113 Die SPD ist die einzige Partei, die den Ziel-
114 konflikt aus Denkmalschutz (Plattenbauten
115 bleiben unangetastet), Klimaschutz (energie-
116 sparende, gedämmte Wohnungen) und Mie-
117 ter*innenschutz (günstige, kühle Wohnun-
118 gen in zentraler Lage) auszubalancieren in der
119 Lage ist. Wir sollten uns dieser Verantwor-
120 tung stellen, indem wir offensiv diese Konflik-
121 te angehen, die sich exemplarisch beim Hitze-
122 schutz stellen.

L27**Abteilung 6 Moabit Nord****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Erhöhung der Sicherheit für Fußgänger*innen im Beusselkiez**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
2 glieder der BVV und des Bezirksamts sowie
3 die sozialdemokratischen Mitglieder des Ab-
4 geordnetenhauses und des Senats auf, sich
5 für Folgendes einzusetzen:

6 Die Dauer der nächtlichen Grünphase der
7 Ampel für die Fahrtrichtung Turmstraße <–
8 > Huttenstraße soll von 5 Sekunden auf die
9 Dauer der Grünphase am Tag erhöht werden
10 und die Verkehrsinsel in der Beusselstraße
11 auf Höhe der Zwinglistraße einen Zebrastrei-
12 fen erhalten.

13

14 Begründung

15 Bei einer Grünphase von 5 Sekunden ist die
16 Ampel in Fahrtrichtung Turmstraße <– > Hut-
17 tenstraße wieder rot, nachdem gerade mal
18 die Hälfte der Fahrbahn überquert wurde. Die
19 Schaltung stellt damit ein unnötiges Risiko
20 für Menschen mit und ohne Mobilitätsein-
21 schränkung dar.

22 Die Verkehrsinsel auf Höhe der Zwinglistra-
23 ße ist zu den Hauptverkehrszeiten praktisch
24 nutzlos, da der Rückstau der Fahrzeuge bis zur
25 Kreuzung Kaiserin-Augusta-Allee reicht. Auf
26 mindestens einer Seite der Verkehrsinsel gibt
27 es damit zu diesem Zeitpunkt keinen auto-
28 freien Moment, um die Fahrbahn zu überque-
29 ren. Während Erwachsene zumindest dann
30 die gegenüberliegende Straßenseite gefahr-
31 los erreichen können, wenn die Fahrzeugko-
32 lonne kurz zum Stillstand kommt, laufen Kin-
33 der Gefahr übersehen zu werden. Das kann
34 für sie zum lebensbedrohlichen Risiko wer-
35 den, wenn sich die Kolonne plötzlich in Bewe-
36 gung setzt.

L28**Abteilung 6 Moabit Nord****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Zukunftsfähige Mobilität sichern: Für den zügigen Ausbau der Tram und die Verlängerung der M10 nach Jungfernheide**

1 Wir fordern die Mitglieder der SPD im Se-
2 nat und die SPD-Fraktion im Berliner Abge-
3 ordnetenhaus auf, sich für den zügigen und
4 vollständigen Ausbau des Straßenbahnnet-
5 zes einzusetzen. Insbesondere sollen die not-
6 wendigen Finanzmittel für die Verlängerung
7 der M10 von Moabit bis Jungfernheide bereit-
8 gestellt werden, sodass der Spatenstich im
9 Herbst 2026 wie geplant erfolgen kann.

10

11 Begründung

12 Berlin wächst und steht vor großen ver-
13 kehrspolitischen Herausforderungen. Der
14 Ausbau der Straßenbahn ist ein entschei-
15 dender Schritt hin zu einer nachhaltigen
16 und zukunftsfähigen Mobilität. Um den stei-
17 genden Mobilitätsbedarf zu bewältigen und
18 gleichzeitig die CO₂-Emissionen zu senken,
19 müssen Projekte wie die Verlängerung der
20 M10 konsequent umgesetzt werden.

21 Die SPD Berlin hat sich dem Klimaschutz und
22 der sozial gerechten Mobilität verschrieben.

23 Um diese Ziele zu erreichen, ist die Stärkung
24 des öffentlichen Nahverkehrs von zentraler
25 Bedeutung. Der Bau neuer Straßenbahnstrec-
26 ken darf daher nicht verzögert oder durch
27 Mittelkürzungen gefährdet werden.

L29**Abteilung 17 Brunnenviertel****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Schluss mit der Toilettensuche – Kostenfreie, flächendeckende Toiletten zum Standard machen**

1 Der SPD-Kreisverband Berlin-Mitte und das
2 Land Berlin sollen sich für die flächendecken-
3 de Verfügbarkeit von sauberen, für alle kos-
4 tenfrei zugänglichen, möglichst barrierefrei
5 nutzbaren Toiletten einsetzen. Auf Toilette zu
6 gehen ist kein Luxus, sondern ein körperli-
7 ches Grundbedürfnis und muss jederzeit und
8 überall unter menschenwürdigen Bedingun-
9 gen möglich sein.

10 Dabei sollen unterschiedliche Bausteine zu
11 einer engmaschigen und flächendeckenden
12 Infrastruktur beitragen.

13 • **Öffentliche Toiletten:** Öffentliche Toi-
14 letten, wie in den letzten Jahren in
15 den Berliner Bezirken errichtet, bilden
16 die Grundlage des flächendeckenden
17 Netzes und sollen als solches stetig
18 ausgebaut werden. Insbesondere
19 Erholungsräume und Grünflächen
20 wie im Victoria-, Nordbahnhofpark
21 oder im Humboldthain sollen mit
22 ausreichend öffentlich zugänglichen
23 Toiletten ausgestattet werden, um
24 allen Besucher*innen einen Aufenthalt
25 zu ermöglichen. Diese müssen allen
26 Geschlechtern kostenfrei zur Verfü-
27 gung stehen. Auch fordern wir einen
28 angemessenen Säuberungs-Zyklus, um
29 eine hygienische Nutzung zu gewähr-
30 leisten, sowie eine rasche Reparatur bei
31 beschädigten Toiletten.

32 • **Toiletten in öffentlichen Gebäuden ein-**
33 **binden:** Toiletten in öffentlichen Ge-
34 bäuden sollen selbstverständlich für
35 alle in den Öffnungszeiten nutzbar,
36 und mit kostenfreien Hygieneproduk-
37 ten ausgestattet sein. Hier soll eine ent-
38 sprechende Beschilderung und Bewer-

39 bung an den Eingängen den Zugang
40 niedrigschwellig ermöglichen.

41 • **Einbindung der lokalen Gastronomie**
42 **fördern:** Wir fordern, die lokale Gas-
43 tronomie in das flächendeckende Kon-
44 zept einzubeziehen. So könnten Gas-
45 tronom*innen, die ihre Toilette sichtbar
46 und kostenlos anbieten, für die Bereit-
47 stellung der Infrastruktur und die Säü-
48 berung entsprechend bezuschusst oder
49 beworben werden. Hier kann auf be-
50 stehende und funktionierende Konzep-
51 te wie „die nette Toilette“ zurückgegrif-
52 fen werden. Dabei handelt es sich um
53 ein Konzept, bei dem der lokale Handel
54 oder die Gastronomie Toiletten zur kos-
55 tenlosen öffentlichen Nutzung bereit-
56 stellen. Im Gegenzug erhalten sie da-
57 für von der öffentlichen Verwaltung ei-
58 ne Aufwandsentschädigung.

59

60 **Begründung**

61 Berlin ist in den letzten Jahren die ersten
62 Schritte hin zu einer Erhöhung der Infrastruk-
63 tur im Bereich öffentlicher Toiletten gegang-
64 en. Doch dieses Angebot reicht bei weitem
65 nicht aus.

66 Es sollte für uns selbstverständlich sein, dass
67 jede*r zu jeder Zeit dem Grundbedürfnis auf
68 Toilette zu gehen nachgehen kann.

69 Neben dem körperlichen Bedürfnis, eine Toi-
70 lette aufsuchen zu müssen, gibt es auch
71 Umstände, in denen Menschen sich nicht
72 dazu entscheiden können, „einzuhalten“. So
73 müssen beispielsweise Schwangere einfach
74 häufiger, dringender auf die Toilette, auch
75 Menschen mit einer chronisch entzündlichen
76 Darmerkrankung haben oft einen hohen Lei-
77 densdruck. Für sie ist die Verfügbarkeit ei-
78 ner Toilette Bedingung für die Teilnahme am
79 öffentlichen Leben. Ebenso betrifft dies äl-
80 tere Personen, die beispielsweise durch die
81 Einnahme von wasserabführenden Tabletten
82 einen erhöhten Harndrang haben. Genauso
83 sollte es Menschen ohne feste Bleibe möglich
84 sein überall menschenwürdige Optionen für

85 ihre Notdurft vorzufinden.

L30**Abteilung 2 Alexanderplatz****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Zuckersteuer auf Lebensmittel**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mit-
2 glieder der Berliner Landesregierung und die
3 Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordne-
4 tenhaus auf, eine Initiative zur Einführung ei-
5 ner Zuckersteuer auf Lebensmittel im Bun-
6 desrat zu unterstützen.

7

8 Begründung

9 Weniger Zucker in Lebensmitteln ist wichtig,
10 um Krankheiten vorzubeugen und die Ver-
11 haltensprävention zu fördern. Die ASG Ber-
12 lin unterstützt diesen Ansatz seit Jahren. Die
13 in Deutschland seit 2015 geltende Selbstver-
14 pflichtung der Industrie, den Zuckeranteil in
15 Lebensmitteln, um bis zu 15 Prozent zu sen-
16 ken, war nicht erfolgreich und auch zu keinem
17 Zeitpunkt erfolgsversprechend. In Deutsch-
18 land sind ca. 67 % der Männer und ca. 53 % der
19 Frauen übergewichtig, 23 % der Männer und
20 24 % der Frauen sind sogar stark übergewich-
21 tig. Bezüglich Kindern und Jugendlichen zei-
22 gen Daten der letzten Jahre, dass mindestens
23 10 % der Kinder in Deutschland übergewich-
24 tig sind und ca. 6 Prozent sogar eine schwe-
25 re Adipositas haben. Gerade bei den Kindern
26 kann nicht auf einen freiwilligen Verzicht zu-
27 ckerhaltiger Getränke gesetzt werden, da die
28 Nahrungsmittelindustrie mit der verlocken-
29 den Werbung und Irreführungen hier ganz
30 klar nur profitorientiert agiert. Eine gestaf-
31 felte Zuckersteuer hat z.B. in Großbritannien
32 zur signifikanten Senkung des Zuckeranteils
33 in Softdrinks geführt. Sie beträgt dort der-
34 zeit 18 Pence je Liter, ab einem Zuckergehalt
35 von 5 Gramm pro 100 Milliliter. Ab 8 Gramm
36 Zucker pro 100 Milliliter werden 24 Pence je
37 Liter erhoben. Nach Ankündigung der Steu-
38 er reduzierte sich der Zuckerkonsum durch

39 Softdrinks bei Kindern um etwa die Hälfte,
40 bei Erwachsenen um ein Drittel. In der Fol-
41 ge ging der Anteil von Adipositas bei Kindern
42 zurück. Auf der Verbraucherschutzminister-
43 konferenz hat im Juli 2024 eine Mehrheit der
44 Bundesländer gefordert, die Einführung ei-
45 ner solchen Steuer zu prüfen. Hier sollte sich
46 auch das Land Berlin anschließen. In der Ver-
47 gangenheit haben sich u. a. auch der Be-
48 rufsverband der Kinder- und Jugendärzte und
49 die Deutsche Diabetes Gesellschaft für eine
50 Zuckersteuer ausgesprochen. Die Deutsche
51 Adipositas-Gesellschaft (DAG), die Deutsche
52 Diabetes Gesellschaft (DDG) und die Deut-
53 sche Gesellschaft für Ernährung (DGE) emp-
54 fehlen eine maximale Zufuhr von 50 Gramm
55 freien Zuckern pro Tag, was maximal 10 Pro-
56 zent der täglichen Gesamtenergiezufuhr von
57 2000 kcal entspricht.